

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Zeile oder deren Raum 70 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 244.

Sonntag, den 18. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Das Loch im Westen.

Von einem rheinischen Abgeordneten.

Du gehst über die weltbekannte Hohe Straße in Köln und siehst englische, französische, belgische, amerikanische, italienische, indische Uniformen. Dein Ohr vernimmt Laute aus aller Welt. Nicht bloß fremdländische Soldaten ziehen an dir vorüber; auch Zivilisten beiderlei Geschlechts, Herren und „Herren“, Damen und Dämchen. Die Geschäftsmacher halb Europas und der halben übrigen Welt scheinen sich hier ein Stellbühnen zu geben. Köln ist vollgepfropft mit Ausländern. Alle Hotels sind bis zum Boden gefüllt, Tausende sind in Bürgerquartieren untergebracht. Rückwärtslos rufen die Autos durch die engen Straßen der alten Fächingsstadt. Wieviel Opfer haben sie schon gefordert! Vor dem „Hotel Excelsior“, dem „Domhotel“, dem „Hotel Monopol“ und den elegantesten Bürgerhäusern stehen englische Posten — hier haufen die höheren Offiziere des Besatzungsheeres. In einem der ältesten Weinrestaurants der Altstadt hat eine indische Truppenabteilung ihre Zelte aufgeschlagen; die braunen schlanken Kerle mit ihrem Turban nehmen sich gar selbst am aus dieser historischen Gaststätte, wo zu anderen Zeiten der „dächtige“ Kölner Bürger das Schoppenstechen betrieb.

Wie überaus schnell und gründlich hat sich das äußere Bild dieser Stadt gewandelt! Heinrich Heine besang sie in seiner „Wallfahrt nach Revelaar“ als die Stadt der vielen Kapellen und Kirchen — heute ist sie die Stadt der vielen hundert Weinstöcke, Bars, „Dielen“, Tingeltangel, Kabaretts, Possentheater. Von den Kinos gar nicht zu reden. Neben dem „nationalen“ Kriegsgewinnler- und Schieberum bevölkert diese Lokale das fremde Militär und das ausländische Zivil. Da sind Geschäftsleute aus England, Amerika, Holland, Frankreich, reelle und unreelle, aber das Schieberum wiegt über. Das Geld wird mit vollen Händen ausgegeben, „leben und leben lassen“ ist die Parole. Man verdient ja Hunderttausende mit Leichtigkeit. Der Kaltaunterchied gestaltet das Leben für die Ausländer ohnehin noch recht wohlfeil. Man kauft und verkauft, handelt mit allen möglichen und unmöglichen Dingen. Deutschlands Warenhunger ist ja unbegrenzt. Ein kapitalistischer Hezengabbat sondergleichen ist losgebrochen, ein wüster Tanz um das goldene Kalb hat begonnen. Auf Schritt und Tritt sehen wir hier, wie der Kapitalismus die Seelen zerfrisst und die Menschen zu Sklaven des Göhen Mammon erniedrigt.

Die Zustände in den rheinischen Großstädten mögen in ihrer jetzigen Form nicht andauern — was aber bleibt, ist der Kapitalismus der Weststaaten. Mit größter Anstrengung arbeitete namentlich England an der wirtschaftlichen Eroberung des Rheinlandes. Schon jetzt hat Köln eine englische Handelskammer und drei Niederlassungen großer englischer Bankhäuser. Frankreich will nicht zurückbleiben und sucht sich vornehmlich im Saargebiet, sowie in Mainz und Aachen festzusetzen. Das von Maurice Barrot verkündete Programm der friedlichen Durchdringung des Rheinlandes wird schon seit Monaten zielbewußt in die Tat umzusetzen versucht. Man täusche sich nicht darüber, daß hinter all diesen Vorgängen neue Gefahren für das Deutsche Reich lauern, Gefahren, die darin zu suchen sind, daß sich hier eine zweifelhafte beginnende wirtschaftliche Neuorientierung allmählich auch geistig auswirkt. Denn viele Engländer und Franzosen kommen nicht bloß als Konturanten der einheimischen Geschäftsleute; sie kommen auch als Abnehmer fertiger Waren und Lieferanten von Rohprodukten. Ganz naturgemäß bahnen sich Beziehungen zwischen Handel und Industrie diesseits und jenseits an und schon heute lassen sich Wirkungen voraussehen, die weit ernstlicher sind als die zeitweise stark überschätzte Absonderungspolitik des rheinischen Merkantilismus.

Das „Loch im Westen“, durch das ungeheure Warenmengen hereinströmen und das alle Anstrengungen zur Verbesserung unserer Währung zunichte macht, ist daher in mehr als einer Beziehung eine große nationale Gefahr. Die wirtschaftliche Bedeutung Kölns, der Metropole des Rheinlandes, steigt zwar ganz gewaltig, und schon sollen sich namhafte Hamburger Firmen mit dem Gedanken tragen, ihren Sitz aus der verdorbenen Stadt ehemaligen Weltverkehrs in die Domstadt zu verlegen — dieses Wachstum jedoch ist krankhaft, dem Gesamtorganismus des Reiches schadet es. Selbst wenn nach Inkrafttreten des Friedens die alten Zollgrenzen wiederhergestellt werden, so bleiben doch die Fremden auf Jahre hinaus die Herren im Lande, und es ist sonnenklar, daß sich der „Hohe Ausschuß“ der Alliierten, der in Koblenz seinen Sitz nimmt, die weitere wirtschaftliche Erschließung der besetzten Gebiete als eines seiner wichtigsten Ziele setzen wird. Die Wunde bleibt also offen und wird weiter bluten.

Ganz zielbewußt hat man ja bisher auch die Absperzung der besetzten Gebiete vom übrigen Deutschland betrieben. Die Passvorschriften sind in den vier Besatzungszonen verschieden, schikanös sind sie alle, auch bei den als human geltenden Engländern. Wer aus dem englischen Brückenkopf nach „Deutschland“ will, oder umgekehrt, emp-

findet mit Unwillen und Scham, wie kleinliche Vorschriften höchst kleinlich angewandt werden. Wie oft haben wir auf der Kontrollstation Reisholz bei Düsseldorf das Schauspiel mit ansehen müssen, wie die tausend und mehr Insassen eines überfüllten Zuges in einer Pferch getrieben und in Wind und Wetter stehen gelassen wurden, bis die Herren Engländer in aller Gemütsruhe die Passkontrolle vornahmen! Wie oft haben wir peinliche Körpervisitationen miterlebt, mit ansehen müssen, wie in Reisholz, in Ohligs oder in Oberfassel (bei Königswinter) Dutzende Reisende, jammernde Frauen und Kinder, zurückgejagt wurden, weil ihre Papiere nicht aufs Haar vorchriftsmäßig waren! Selbst wenn die Deutschen es in Belgien und Frankreich sowie im Osten ebenso gemacht haben; wir haben aber doch keinen Krieg mehr! In diesen Schikanen liegt aber System. Man will einen möglichst scharfen Trennungsschritt gegen Deutschland hin ziehen, will die rheinische Bevölkerung mit allen Mitteln, sei es auch denen der Gewalt, ihrem Mutterlande entfremden.

Auf der großen Völkerstraße des Rheines tummelten sich bereits Römer und Kelten, Franken, Spanier, Syrier. Hier entschieden sich Völkerchicksale, von hier aus wurden Reiche aufgebaut oder zerstört. Vor fünfviertel Jahrhunderten schlug das Schwert der französischen Revolution die rheinische Kleinstaaterei christlicher und weltlicher Fürsten in Scherben, 1805 hielt hier der große Napoleon seinen Einzug. Von Oberitalien abgesehen, hat wohl kein zweites Stück Europa eine so reiche und wechselvolle Vergangenheit wie das Rheinland. Und nun stellt der unglückliche Ausgang des Krieges das linke Rheinufer mit samt den rechtsrheinischen Brückenköpfen von Köln, Koblenz und Mainz vor neue Prüfungen und vor die Ungewißheit einer noch in völligem Dunkel liegenden Zukunft. Es wird aber wiederum die Arbeiterklasse sein, die, komme, was kommen mag, das Banner des Deutschtums hochgehoben vorantreten wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 17. Oktober.

101. Sitzung, 1 Uhr nachm.

Im Regierungssitz: Koch.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Dr. Mumm (DVP.) wünscht Auskunft über die Tätigkeit des Verbedienstes der deutschen Republik und der Zentrale für Heimatdienst sowie deren Landesabteilungen und fragt, ob durch diese Stellen Reichsgelder zu Parteizwecken verwendet werden.

Geheimrat Dr. Brecht erklärt, die Zentrale für Heimatdienst habe mit dem früheren Verbedienst nicht das geringste zu tun; sie habe die Aufgabe, die Auffklärung über die Politik der Regierung und das Verständnis für die Arbeit der Nationalversammlung zu fördern. Es wird festgestellt darauf geachtet, daß die Zentrale nicht die Politik einer einzelnen Partei vertritt. Die Regierung wird die Zentrale für Heimatdienst als einzige Reichsstelle weiter ausbauen und nimmt hierzu von allen Parteien Anregungen entgegen.

Auf eine Anfrage des Abg. Niedmiller (Soz.) über die Rückkehr der in der Schweiz wohnenden Deutschen, die bei Kriegsausbruch die Schweiz verlassen haben, um ihre Wehrpflicht zu erfüllen, erklärt

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, von den betreffenden Deutschen seien bisher 7000 zurückgekehrt; etwa 5000 erwarten an der deutsch-schweizerischen Grenze die Erlaubnis zur Einreise. Für letztere sei eine besondere Fürsorgestelle eingerichtet, die sich bemühe, die Einreiseerlaubnis für diese Reichsausgehörigen zu erlangen. Für Familienväter seien besondere Erleichterungen erzielt worden. Bei der freundlichen Haltung der Schweiz bei früheren Gelegenheiten, sei zu hoffen, daß eine Milderung der Zustände erreicht werden würde.

Abg. (S.) fragt unter Hinweis auf die Ueberlastung der Gemeinden durch die Zwangswirtschaft und auf die Höhe der Gewinne der Kriegsgesellschaften, ob die Regierung dahin wirken wolle, daß finanziell bedürftige Gemeinden und Bürgermeistereiverbände zur Deckung der Zwangsbewirtschaftungskosten aus den Gewinnen der Kriegsgesellschaften Zuschüsse gegeben werden.

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Schäfer erwidert, daß die Ueberlastung der Kriegsgesellschaften in die Reichskasse fließen und somit der Allgemeinheit zugute kommen.

Behrens (DVP.) fragt an, ob die Regierung bereit sei, alle Bestimmungen, welche die ländlichen Arbeitgeber hindern, den Landarbeitern ihre vertragsmäßigen Naturallohnbezüge unverkürzt auszuliefern, sofort aufzuheben, da die durch die Zwangswirtschaft bewirkte Vorenthaltung eines Teiles der Deputatbezüge unter den Landarbeitern heftige Mißstimmung erregt habe.

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Peters: Die Reichsregierung verkennt nicht, daß eine ausreichende Ernährung der Landarbeiter Vorenthaltung von ihnen fernhält und der Streikgefahr vorbeugt. Eine völlige Freigabe der Deputate ist jedoch mit der öffentlichen Bewirtschaftung unvereinbar.

Auf eine Ergänzungsanfrage des Abgeordneten Behrens, ob die Regierung nicht Klarheit in dieser Frage schaffen könne,

da die Arbeitgeber meinten, daß beim Abschluß von Tarifverträgen höhere Deputatbezüge nicht vereinbart werden dürften, erwidert Unterstaatssekretär Peters, daß die Ernährungsverhältnisse innegehalten werden müßten.

Frau Pfüll (Soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß in Bayern die untersten Klassen der privaten Volksschulen mit Beginn des Schuljahres trotz der Aufhebung dieser Schulen durch die Verfassung wieder voll besetzt wurden, und daß in vielen Orten, wie Berlin, München, Nürnberg, die Eltern zu einer Willenserklärung gezwungen werden, wenn sie ihre Kinder von der Teilnahme am Religionsunterricht und kirchlichen Feiern befreit haben wollen, während die Verfassung diese Willenserklärung nur verlangt, wenn diese Teilnahme gewünscht wird.

Unterstaatssekretär Schulz: Zur Aufhebung der privaten Volksschulen muß den Ländern eine kurze Uebergangsfrist gewährt werden. Die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern bleibt der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten überlassen. Die Form der Willenserklärung hat die Reichsverfassung nicht vorgeschrieben. Die Reichsregierung wird sich wegen einer im Sinne der Reichsverfassung entsprechenden Form der Willenserklärung mit den Landesregierungen in Verbindung setzen.

Frau Pfüll (Soz.) weist in einer weiteren Anfrage darauf hin, daß in dem neuen bayerischen Schulgesetz an der alten Ordnung festgehalten ist, daß Lehrerinnen mit ihrer Verehelichung aus dem Schuldienst ausscheiden haben, was mit der Reichsverfassung im Widerspruch stehe.

Unterstaatssekretär Schulz: Da durch die Reichsverfassung alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt sind, steht die Vorschrift des bayerischen Volksschullehrergesetzes nach Ansicht der Reichsregierung mit der Reichsverfassung im Widerspruch.

Schüler (DVP.) fragt an, ob die Regierung bereit sei, die überaus große Not der Rentenempfänger sofort dadurch etwas zu lindern, daß sie ihnen aus Heeresbeständen neue oder getragene Kleidungsstücke und Stoffe, Decken oder sonstige noch verwendungsfähige Stücke unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Geh. Regierungsrat Dr. Pfeiffer erwidert, daß die Auswahl der vorzugsweise zu verletzenden Personen in der Hand der Kommunalverbände liegt und die Bewilligung von Reichszuschüssen aus finanziellen Gründen nicht in Aussicht genommen werde.

Frau Reiche (Soz.) fragt an, ob es der Regierung möglich sei, gegen den Holzwohler angelegte der Kohlennot gefällige oder andere Maßregeln zu ergreifen.

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Schäfer erwidert, daß der einzelne Händler zu jedem Preise einzufließen, zu dem die Ware zu erhalten ist. Infolgedessen seien die Preise immer höher gestiegen. Eine Abhilfe sei durch vermehrte Holz einschlag geschaffen worden. Weitere Verhandlungen mit den Waldbesitzern würden erwogen.

Darauf wird die Beratung des

Haushaltungsplans

fortgesetzt.

Frau Zieg (Unabh.): Die Programmrede des Reichsministers des Innern war in ihrer Form zwar höflich, aber ihrem Inhalte nach eine Kampfanzeige an unsere Partei. Die Volksgewalt wird immer noch mit schrankenloser Brutalität und Rücksichtslosigkeit ausgeübt. Läßt es sich mit dem Programm des Ministers vereinbaren, daß er Spigel unterhält, und daß er für alle großen Städte militärische Polizeitruppen schafft. Diese verursachen eine Beunruhigung der Bevölkerung (Lachen) und widersprechen auch dem Friedensvertrag.

Dr. Mumm (DVP.): Auf meine Frage wegen des Religionsunterrichts hat Unterstaatssekretär Schulz eine Erklärung abgegeben, die mit dem klaren Wortlaut des Art. 149 der Verfassung im Widerspruch steht. Das kommende Reichsschulgesetz wird uns noch harte Kämpfe bringen.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung hat ausdrücklich beschlossen, daß in dem Benehmen mit den Landesverbänden die zweckmäßigste Form für eine solche Umfrage bei den Erziehungsberechtigten festgestellt werden soll. In welcher Form die Erklärung abgegeben wird, ist eine zweite Frage, die im Wege der Verwaltung erledigt werden wird. — Im Osten ist die Hälfte der Kriegsschäden bereits festgestellt worden. Im ganzen dürften sich die Schäden auf 2 Milliarden belaufen. Eine Sozialisierung des Heilwesens muß ich ablehnen. Unrichtig ist es, daß ich den Belagerungszustand und die Schutzhaft als ungeeignet bezeichnet habe. Ich habe erklärt, daß es notwendig ist, besseres Recht an die Stelle des Bestehenden zu stellen. Aufgabe des neuen Gesetzes kann es nicht sein, den Staat gegen revolutionäre Umgehung schutzlos zu machen.

Reichsminister Roste: Wenn Frau Zieg sagte, ich hätte auf harmlose Ausflügel schießen lassen, so stelle ich fest, daß es sich um Wunden handelte, die die Straßen versperrten und die den behördlichen Anordnungen nicht folgen wollten. Wenn Frau Zieg sich beschwert über das Verbot einer Jugendschrift, so ist das geschehen, weil das Blatt in diesen Buchstaben die Ueberlieferung trug: „Der Staat als Mörder“. Frau Zieg behauptet, ich hätte gelogen, wenn ich von nur 22 Schutzhaftlingen gesprochen hätte. In jenem Tage waren es tatsächlich nur 22, hinzukamen nur noch eine Reihe von Ausländern, namentlich Russen. Es gibt andere Ursachen, als sich über Hungerstreik zu entrüsten. Heute vormittag beispielsweise konnte eine in Berliner Krankenhaus lebensnotwendige Operation an Patienten nicht vorgenommen werden, weil die Freunde der Frau Zieg die Kraftwerke lahmgelegt haben. (Große Unruhe und Lärm links. Abg. Generer ruft: Neue Lüge. Präsident Fehrenbach ruft den Abg. Generer zur Ordnung.) Vor ganz kurzer Zeit ist mir auch mitgeteilt worden, daß auch das große Kraftwerk bei Bitterfeld lahmgelegt worden ist. Es ist für Sorge getroffen worden, daß diese Absperrung von Licht und Kraft verhindert wird. Hunderte von Notleidenden sind dorthin geschickt worden, für militärische Sicherung ist gesorgt und weiterhin ist der Belagerungszustand verhängt worden. (Lach.) Beißfall bei den Bürgerlichen und Mehrheitssozialisten.) Wer was jetzt an durch Schrift, Tat oder Wort versucht, lebenswichtige Betriebe stillzulegen, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Dabei bleibe ich aber nicht stehen, sondern jeder, der zu einer Lähmung der Betriebe beiträgt, wird mit größter Be-

Schleimung hinter Schloß und Niegel gebracht. Das bin ich dem Schloß der Verfallener Bevölkerung schuldig. (Lebhafte Beifall, große Anruhe.)

Präsident Fehrenbach: Sollte Frau Zieg dem Reichswehraminister Lügen vorgeworfen, so hätte ich sie zur Ordnung gerufen. Sie hat nur gesagt, daß Herr Koske die Unwahrheit gesagt habe. (Große Heiterkeit.)

Frau Zieg: Der Metallarbeiterstreik ist ausgebrochen, weil die Arbeiter die Herabsetzung der Löhne ablehnten. (Zuruf: Schwindel!)

Reichswehrminister Koske: Gewalttaten sind von der Regierung lediglich abgewehrt worden, die von einer Minderheit gemacht wurden. Daran wird die Regierung unter allen Umständen festhalten. Jeder Versuch von Ihrer Seite (zu den MSP.), uns eines Tages einen Umsturz in Ihrem Sinne zu bereiten, wird einschlässliche Gegenwehr bei uns finden, und Sie dürfen sicher sein, daß jeder einzelne von Ihnen dabei Kopf und Krone daranzieht. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei den MSP.) Darüber darf nicht der geringste Zweifel sein. (Wiederholter Lärm bei den MSP. Präsident Fehrenbach riefet um Hilfe.) Ich zweifle nicht, daß Geyer-Water dann mehr Mut an den Tag legen wird, als Geyer-Sohn, der auseinandergeht hat, daß man zwar auf die Revolution hinarbeiten müsse, daß aber die bewährte Führung während der kritischen Zeit zu verschwinden und sich in Sicherheit zu bringen habe. Wo von Auseinandersetzungen geredet wird, wo jemand seine Haut zu Markte trägt, wird man immer das Loch finden, durch das man seine Haut in Sicherheit bringt. (Heiterkeit. Zuruf: Das ist nicht das erste Mal geschehen. Hg. Henke: Mit Ihnen nehme ich es noch immer auf! Heiterkeit. Präsident Fehrenbach ruft den Hg. Henke wegen Beleidigung zur Ordnung.) Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird von der Regierung unter keinen Umständen angetastet. Daran denke auch ich nicht. Hier in Berlin handelt es sich aber nicht um das Koalitionsrecht, sondern es wird versucht, Tausende von Arbeitern, die nicht streiken wollen, durch Lohnkürzung der Betriebe auf die Straße zu setzen. (Sehr richtig!) Darunter werden in der Hauptsache arme Leute leiden. Gestern abend mußten in Neutölln Zehntausende von Arbeiterfamilien in kalten und dunklen Wohnungen sitzen und konnten sich auch heute morgen nicht eine Tasse Kaffee wärmen. (Rufe bei den MSP.: Die Kinder hungern auch.) Zehntausende von Arbeitern in Berlin, Spandau und anderen Orten streiken darauf, daß sie bezahlt werden von dem niederrückenden Terror, dem sie ausgeliefert sind. (Sehr richtig! bei den MSP.) Was an Nichtswürdigkeit, Schamlosigkeit und Terrorismus von den Anhängern der Frau Zieg seit Dezember gegen Andersdenkende geübt ist, übertrifft tausendfach alles, was jemals unter dem alten Regime von uns in diesem Hause gesagt worden ist. (Sehr wahr! bei den MSP.) Von diesem Druck befreit zu werden, danach leiden Hunderttausende von Arbeitern. Wir werden ihnen dabei behilflich sein, und uns durch kein Geschimpfe und Spektakel davon abbringen lassen, zu tun, was nötig ist, um die Interessen der großen Masse gegen den Terror zu schützen. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Fehrenbach erteilt das Wort dem Abgeordneten Geyer-Sohn. (Rufe: Doktor Geyer!)

Dr. Geyer (MSP.): Der Herr Reichswehrminister hat unter dem Beifall der Rechten versucht, mich öffentlich bloßzustellen. Der Reichswehrminister unterstellt mir, daß ich aus Missetat auf meine Verlor gelegt hätte, die Führer müßten sich in Sicherheit bringen. Das läßt sich nicht begründen. Ich habe vielmehr mit aller Berve gefordert, daß bei Unruhen die Führer an der Spitze der kämpfenden Arbeiterschaft den Kampf zu führen haben. Wenn es zum Bürgerkrieg kommt, wird die schamlose Provokation des Herrn Koske daran schuld sein. (Präsident Fehrenbach ruft den Redner zur Ordnung.) Sie mögen weiter rufen und sich stark machen, aber diese Klugung ist das Zeichen Ihrer Furcht, und Ihre Furcht ist das Zeichen anderer Stärke. (Beifall bei den Unabhängigen.) Reichswehrminister Koske: Herr Doktor Geyer war der Mann, der wochenlang Leipzig in Schrecken setzte und die Hunderttausende vom Bürgerkrieg erregte, aber noch nicht zur Rechenhaftigkeit gezogen werden kann, weil ihn die Immunität des Abgeordneten schützt. Aber als die Leipziger Verhältnisse unangenehm waren und General Ritter Leipzig besetzte, da war eine halbe Stunde später kein Geyer mehr in Leipzig. (Große Heiterkeit.)

Präsident Fehrenbach: Ich habe inzwischen festgestellt, daß Geyer kein Mann von Geyer-Leipzig und Geyer jun. als Geyer-Sohn eingetragene ist. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich dieses Studium erst jetzt vorgenommen habe. (Heiterkeit.) Das Wort hat Herr Geyer-Leipzig.

Geyer-Leipzig (MSP.): Herr Koske meint, wir seien in Leipzig vor seinen Häusern gewesen. (Rufe b. d. Reichssozialisten: Wozu!) Wir waren aber schon am Tage vorher zu anderer Parteiveranstaltung gegangen.

Präsident Fehrenbach fragt an, ob er richtig gehört habe, daß vorhin in einem Zuruf „Mörder“ gerufen worden ist. Es wird ihm erwidert, daß „Mörder“ gerufen worden sei.

Frau Zieg: Das ist aber die richtige Bezeichnung. Präsident Fehrenbach: Frau Zieg, ich rufe Sie zur Ordnung, solche Bemerkungen sind höchst deploziert.

Frau Zieg: Es ist die Wahrheit. Geyer-Leipzig (fortfahrend): Wir sind nicht vor Metzer aus Leipzig geflohen, wir waren schon einen Tag fort, als die Häuser von Herrn Koske uns in Leipzig verhaften wollten und früh morgens um 5 Uhr mit 12 Mann unsere Hände abklopfen, um zu sehen, ob Geyer zu Hause sei. Vor der Haustür des Herrn Koske waren wir nicht geflohen, auch wenn es zu Dingen gekommen wäre wie hier (in Berlin) durch die Mordzentrale im Falle Reichnagel.

Kräger-Potsdam (SD.): Die Einrüstung der Berliner Arbeiter außerhalb des Metallarbeiterstreiks richtet sich nicht gegen Koske, denn die Behörde hat sich in diesen wirtschaftlichen Streik nicht eingemischt. Die Elektrifizierungsarbeiten hat man gänzlich geschwindelt. In Bitterfeld hat man ihnen gesagt, in Berlin würde gestreikt und umgekehrt. Die Berliner Arbeiterschaft will diese Inanaloge Kraftprobe nicht unterstützen. Sie betrachtet die technische Notlage nicht als Streikbrot, sondern als eine Einrichtung im Interesse der Allgemeinheit.

Frau Zieg (MSP.): Die gewerkschaftlichen Versammlungen wurden erst verboten und dann waren die Lokale mit Bewaffneten besetzt. Vorhin hat Herr Kräger gesagt, die Regierung habe sich nicht eingemischt. Herr Kräger hat also die Nationalversammlung belogen. (Präsident Fehrenbach ruft Frau Zieg zur Ordnung und macht sie auf die Folgen eines wiederholten Schreies aufmerksam. Ich habe Sie schon zum zweiten Male zur Ordnung gerufen.) Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter steht völlig auf Seiten der Streikenden.

Lautkau (MSP.): Alle maßgebenden Organisationen haben zu diesem Streik. Dieser Streik ist ein durchaus erlaubtes Kampfmittel, hier aber wird er hingenutzt als ein Verbrechen.

Kräger-Potsdam (SD.): Ich habe mich nur gegen die Herabsetzung der Elektrifizierungsarbeiten in diesem Streik der Metallarbeiter gewandt. Betreffs der von Frau Zieg erwähnten Versammlungen habe ich festgestellt, daß diese Versammlungen ohne Zustimmung der anderen Gewerkschaften einberufen worden sind.

Harimann-Berlin (DDP.): Neben den Arbeitern, die auf Seiten der Frau Zieg und ihrer Freunde stehen, gibt es noch eine große Masse Arbeiter, die mit dem, was von jener Seite gesagt wird, nicht einverstanden sind. Rogegen sich die Mehrheit mit aller Entschiedenheit wendet, was ist der unerhörte Terror, daß der Bevölkerung lebenswichtige Betriebe abgehandelt werden. Das ist eine Spaltung der gesamten Arbeiterschaft, des gesamten Volkes. Die Arbeiterschaft muß unbedingt gegen den Terror geschützt werden, damit wir wieder in vernünftige Verhältnisse hineinkommen und der Wiederaufbau unserer Wirtschaft nicht gefährdet wird.

Damit schließt die allgemeine Beratung. In der Einzelberatung über den Haushalt des Innern

Frau Büll die Heranziehung von Frauen, auch für die leitenden Stellen.

Unterstaatssekretär Schütz: Das Reichsministerium des Innern begrüßt die Erhöhung des Betrages von 100 000 Mk. für die Jugendwohlfahrt auf 500 000 Mk., insbesondere auch, wenn dieser Zuschußbeschluss vom Plenum unterstützt wird. Zur Vorbereitung des Jugendwohlfahrtsgesetzes wurden Sachverständige, auch Frauen, herangezogen. Das System von Jugendämtern sollte letzten Endes zusammengefaßt werden in das Reichsjugendamt. Wir hoffen, daß das Gesetz noch in dieser Tagung vorgelegt werden kann.

Kid (DDP.) bemängelt den niedrigen Betrag für die Ueberwachung des Auswanderungswesens.

Reichsminister Koch: Der Auswanderung wird durch das Siebungsmaß gesteuert werden. Ein Auswanderungsgesetz ist in Vorbereitung, das vor allem eine Ueberwachung der Auswanderungsbüreaus zum Zweck hat.

Zu dem Kapitel Reichsgesundheitsamt erklärt Trinks (Soz.), daß eine Ueberweisung des Antrages der Unabhängigen, betreffend Verstaatlichung des Heilwesens, an den sozialpolitischen Ausschuss angebracht wäre.

Kunert (Unabh.): Ich muß auf Abstimmung über unseren Antrag im Plenum bestehen.

Reichsminister Koch: Die deutsche Gesundheitspflege marschiert an der Spitze. Unsere Erzeugnisse werden in den Kulturländern anerkannt und nachgeahmt. Die Uebernahme des Apothekenwesens in die öffentliche Hand ist Gegenstand kommenden Gesetzes.

Kunert (Unabh.): Die Ärzteschaft steht zum größten Teil auf dem Boden unseres Antrages. Der Arzt als Geschäftsmann ist geradezu eine soziale Gefahr.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Ein Antrag der Deutschen Nationalen, für das Reichsgesundheitsamt sechs Bureaubeamte mehr einzustellen, wird angenommen.

Der Etat des Reichsamtes des Innern wird bewilligt und eine Entschließung der Deutschen Nationalen auf Verlegung einer Nachweisung der beim Reichsarchiv im Zentralnachweisamt und bei der Landesvermessung beschäftigten Beamten, Hilfsbeamten und Ausschüsse und Arbeiter, sowie der ihnen gezahlten Gehälter und Löhne wird angenommen.

Es folgt der

Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Soz. (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen über diesen Etat, der zum ersten Male das Parlament beschäftigt.

Frau Dr. Lüders (Dem.): Ermüdet wäre uns ein Reichswohlfahrtsamt, wie es in Würtemberg und Baden besteht. Der Arbeitsnachweis ist eine volkswirtschaftliche Angelegenheit der Gesamtheit. Die Mitarbeit der Frauen ist dabei unbedingt notwendig.

Darauf wird gegen 6 1/2 Uhr die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Die Sowjet-Regierung wünscht Frieden mit den Balten.

Der lettische Minister des Innern benachrichtigte den Nationalrat in Riga, daß er von dem bolschewistischen Minister des Auswärtigen, Tschitcherin, einen Festspruch erhalten habe, worin dieser ankündigt, daß die Sowjetregierung bereit ist, mit den Balten sofort Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen.

Einer Meldung aus Helsingfors zufolge, soll Kronstadt gefallen sein. Die Besatzung habe kapituliert. Die Meldung spricht sogar davon, daß Judenitsch am Mittwochabend in Petersburg eingezogen sei.

Belagerungszustand über Litauen.

Dem litauischen Pressebureau in Kopenhagen wird unter dem 15. Oktober aus Romo gedruckt: Ueber ganz Litauen wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Jahrgänge 1898, 1899 und 1900 werden mobilisiert. Das litauische Parlament wurde zusammenberufen. In Schaulen wurde die Telegraphen- und Telefonstation durch den russischen Oberst Birgollisch besetzt und alle Schulen wurden in Kasernen umgewandelt. Die litauischen Schulen sind überall niedergeholt und durch russische ersetzt worden. In einem Aufsatze des Obersten Birgollisch heißt es, er gelobe Litauen selbständige Verwaltung unter russischer Souveränität, wenn sich das Land freiwillig dem alten heiligen Rußland wiedervereinigen. Im entgegengesetzten würden die Litauer als Verräter betrachtet werden.

Ultimatum an Oberst Vermont?

Berlin, 17. Oktober. Der Kommandant der englischen Offizierskette wird in einem Ultimatum an den Obersten Vermont die Räumung der Vorstädte von Riga bis Donnerstag Mittag. Um die Vorstädte Rigas fanden zwischen den von englischen Kriegsschiffen unterstützten Letten und der Armee Vermont heftige Kämpfe statt.

Italien nimmt nicht an der neuen Blockade teil.

S. U. Bajel, 17. Oktober. Die italienische Botschaft in Madrid hat dem spanischen Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß sich Italien an der angedrohten Blockade gegen Deutschland nicht beteiligen wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Theorie und Praxis. Als Vordring Reichsfinanzminister wurde und als Erzberger es wurde, hat die „Freiheit“ getobt, und ihr inzwischen verhältnißloser Gelehrter, Prof. Carl Ballod, hat auf das österreichische Vorbild hingewiesen, wo ein wirklich moderner Finanzgelehrter, wie Professor Schumpeter, Finanzminister und ein anderer moderner sozialistischer Gelehrter, wie Lederer, Sozialminister sei. Hg. Herr Lederer hat nicht sozialisiert und Herr Schumpeter nichts besteuert. Gelehrtsamkeit und Scharfsinn erkennt ihm auch jetzt bei seinem Ausscheiden aus dem Amt die Wiener „Arbeiterzeitung“ zu. Aber er, der in der Berliner Sozialisierungskommission an Radikalismus nicht zu überbieten gewesen sei, habe im Amt fittlichen Ernst, Mut und Laifkraft völlig vermissen lassen, er sei kein Charakter. Und so war es wieder einmal nichts mit einem Trampf, den die U. S. P. D. gegen die „verräterische“ Mehrheitssozialdemokratie ausgespielt hat.

Die Streiflage in Berlin.

Der Streik in der Metallindustrie ist beigelegt. Die in der Sitzung am 16. Okt. im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Geheimrats Söler aufgestellte Verhandlungsgrundlage wurde vom Verband der Metallindustriellen und dem Metallarbeiterverband innerhalb der gestellten Frist angenommen. Das

Schiedsgericht, dem hiernach die endgültige Regelung der Streitpunkte in beiderseitigem Einverständnis übertragen wurde, wird noch am 18. Oktober, vormittags, im Reichsarbeitsministerium zusammengefaßt werden.

Die streikenden Bureaufhilfsarbeiter des Magistrats haben eine glatte Niederlage erlitten. Die Freitag nachmittag zu einer Beratung zusammengetretene große Deputation, die sich aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtvorordnetenversammlung zusammensetzt, hat in mehrstündiger Sitzung den Beschluß gefaßt, sich auf keinerlei Verhandlungen mit der Streikleitung einzulassen. Die städtischen Arbeiter haben sich bereit erklärt, die Arbeit noch im Laufe des Tages wieder aufzunehmen. Ebenso hoffte man, daß die städtischen Bureaufhilfskräfte ihre Tätigkeit Sonnabend früh wieder beginnen würden.

Das Oberkommando Koske verbot Freitag in einer Verordnung an die Bevölkerung Groß-Berlins auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes jedwede weitere Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung zu bringen, insbesondere Zerstörungen oder Schädigungen von Betriebsanlagen und Leitungen. Als lebenswichtige Betriebe im Sinne der Verordnung sind anzusehen: Alle Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität, sowie die öffentlichen Verkehrsmittel. Noch abends 8 Uhr fand eine einstündige Besprechung statt zwischen dem Reichswehrminister einerseits und den Vertretern der Iker-Kommission und der Gewerkschaftskommission andererseits wegen dieses Erlasses. Nach längerer Aussprache, an der sich alle Delegierten der beiden Parteien beteiligten, wurde vom Reichswehrminister folgende Erklärung abgegeben: „Ich erkläre, sobald die Maschinen und Geizer die Arbeit in den lebensnotwendigen Betrieben aufnehmen, fällt meine Verfügung fort. Zur gleichen Zeit werden die Notbehelfen zurückgezogen.“

Kartoffeln aus Polen und Dänemark.

Die Reichsregierung hat mit Polen und Dänemark Verträge über die Lieferung von Kartoffeln abgeschlossen.

Kleine politische Nachrichten.

Die deutsche Friedensdelegation ist nach Paris übergesteilt.

Eine Versammlung der Arbeiterräte der Kriegsorganisationen in Berlin sprach sich gegen die beabsichtigte Aufhebung der Zwangswirtschaft aus.

In Hannover ist ein Reichsverband des deutschen Handwerks gegründet worden.

General Gröner, der Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister, ist mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden.

In Königsberg streikten die kaufmännischen Angestellten. Eine Massenversammlung der Dessauer Eisenbahner faßte eine Entschließung gegen den politischen Umsturz und die Streikbewegung. Man erwartet von der Regierung gegebenenfalls Schutz und Sicherung des Dienstes.

Die Veröffentlichung der Memoiren des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, die ursprünglich für November in Aussicht genommen worden war, ist verschoben worden.

General Mangin verfügte beim Verlassen seines Kommandos in Mainz, daß 106 vom Kriegsgesetz des Armeehauptquartiers verurteilten Deutschen die Strafe erlassen und 27 in Untersuchungshaft befindliche Deutsche freigelassen werden sollen.

Der französische Kommandant der Division in Ludwigshafen hat wegen der Ermordung eines 17jährigen Mädchens sein Kommando ausgesprochen; die schuldigen französischen Soldaten werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

In Metz ist an die Stelle des bisherigen Generalgouverneurs de Madhuw Berthelot getreten, der seinerzeit Chef der französischen Militärmission in Rumänien war. Madhuw ist seines Amtes enthoben worden, weil seine Maßnahmen in Elsaß-Lothringen auf härtesten Widerspruch gestoßen sind.

In Paris verlautet, daß es wegen der Fiumefrage in der italienischen Königsfamilie zu einem ernsten Meinungsstreit gekommen ist. Der Herzog von Aosta wird Italien höchstwahrscheinlich verlassen und nach Belgien gehen.

Das Pariser „Petit Journal“ teilt mit: In Ugram wurde ein Komplott entdeckt, das bezweckte, den Kronprinzen Alexander von Serbien zu töten. Hunderte von Verschwörern seien verhaftet worden.

Der amerikanische Senat hat den Schantung betreffenden Abänderungsantrag mit 55 gegen 25 Stimmen verworfen.

Der amerikanische Senat hat den Schantung betreffenden Abänderungsantrag mit 55 gegen 25 Stimmen verworfen.

Der amerikanische Senat hat den Schantung betreffenden Abänderungsantrag mit 55 gegen 25 Stimmen verworfen.

Oesterreich.

Der Frieden von St. Germain ratifiziert.

Die Nationalversammlung beschloß debattelos die Ratifizierung des St. Germainer Vertrages. Nach der Ratifizierung reichen Staatskanzler Renner und das gesamte Kabinett sofort die Demission ein, doch ist bereits unter Renner ein neues Kabinett mit den verchiedenen Aemtern abgeleitet worden.

In das neue Kabinett wurden an Stelle des zurückgetretenen Präsidenten der Sozialisierungskommission, Otto Bauer, unter Genosse Ellenbogen und an Stelle des Vizepräsidenten Seibel der Christlichsozialer Heinel gewählt. Aus dem bisherigen Kabinett sind ausgeschieden: Staatssekretär Schumpeter, Bratus und Bauer, sowie der Unterstaatssekretär Flägel.

Rumänien.

Die Wahlen zur Konstituante verschoben.

Wie aus Bukarest gemeldet wird, sind die Wahlen zur Konstituante um einen Monat verschoben worden. Die Oppositionsparteien in Rumänien, Siebenbürgen und Bukowina haben, obgleich die Verfassung die Wahlpflicht vorseht, allgemeine Wahlenthaltung proklamiert.

Vereinigte Staaten.

Der Streik der Bahnangestellten.

Der Streik der Schnellzugsangestellten greift immer weiter um sich. In Neuyork sind 18 000 ausständig.

Aus Lüben und den Hamburggebieten.

Sonnabend, 18. Oktober.

Die gefährdete Kleiderverfertigung. Aus Berlin wird gemeldet: Die von der Reichsregierung als wirtschaftliche Notstandsmaßnahmen angeordnete Kleiderverfertigung der Bevölkerung für den kommenden Winter ist gefährdet. Die Gründe für diese unerfreuliche Tatsache sind in der Groß-Berliner Wohnungsnote zu suchen. Durch die Anordnungen der örtlichen Wohnungsämter ist die Zentralstelle der Notstandsverfertigung obdachlos geworden. Im Augenblick sind sie in verschiedenen Geschäftshäusern in unzulänglichen Räumen untergebracht. Alle Versuche, diese Zentralstelle, die wegen ihrer engen Verbindung mit den Reichsämtern in Berlin sein muß, in öffentlichen Gebäuden oder Kasernen unterzubringen, sind fehlgeschlagen. Die Hemmungen des Geschäftverkehrs sind durch die räumliche Beschränkung so stark, daß die laufenden wichtigen Arbeiten nicht mehr erledigt werden können.

Arbeitsniederlegung auf dem Hochofenwerk. Die Belegschaft des Hochofenwerkes hat Freitag abends 6 1/2 Uhr die Arbeit niedergelegt. Der Grund liegt in dem ablehenden Spruch des Schlichtungsausschusses auf Zahlung einer Wirtschaftshilfe. Gegen diesen Schlichtungsspruch erklärten sich in geteilter Abstimmung 1038, dafür 68 Arbeiter. Die bereits herangezogene wurde, läuft der gegenwärtige Tarif bis zum 30. November. Die hiesige Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wurde vor vollendete Tatsachen gestellt, die Forderungen wurden erhoben, ohne daß vorher eine Fühlungnahme mit der Organisation erfolgte. Kein vernünftig denkender Mensch wird leugnen können, daß die heutigen Löhne und seien sie noch so hoch, einen Ausgleich in der wirtschaftlich verändernden Lebenshaltung bieten. Darin liegen wir uns auch nicht täuschen durch die vom Hochofenwerk verbreitete Lohntabelle. Wir wissen, daß die Arbeit auf dem industriellen Werke und insbesondere auf dem Hochofenwerk außerordentlich schwer ist. Eine Besserung kann aber nur allmählich vor sich gehen; alle Arbeiterkategorien leiden, alle müssen den Zeitverhältnissen Rechnung tragen, so schwer es auch fällt. Dazu gehört in erster Linie die Einhaltung der Tarifverträge. Wir kommen zu noch unbilligbaren Forderungen, wenn auf der Wahrung des Vereinbarten weiter vorgegangen wird. Uns Sozialdemokraten braucht man gewiß nicht zu sagen, daß die Kapitalistenklasse die Schuldlosen seien und daß sie gerade durch ihre Warenwertverunsicherungen im Handel die Not heizt. Sie hat auch im Kriege die riesigen Gewinne strupellos eingesastrichen. Soweit sie noch vorhanden sind, ist die Gesetzgebung für ihre Einziehung tätig. Durch fortwährende Streiks wird aber alles nicht besser. Eine Steifigkeit des Wirtschaftsliebens muß endlich Platz greifen, wenn wir vorwärts kommen wollen. Wir erwarten, daß in aller Eile durch gemeinsames Handeln und Entgegenkommen eine Einigung erzielt wird, damit wir in Lübeck vor dem schwersten Schaden bewahrt bleiben. Denn seine Folgen für das wirtschaftliche Leben Lübecks sind gar nicht zu übersehen.

Die ersten Folgen machen sich bereits fühlbar. Durch die Arbeitseinstellung ist bereits die Koksablieferung an die Lübecker Gaswerke unterbrochen, die Gasperre muß weiter und zwar in sehr einschneidendem Umfang ausgedehnt werden, denn die Gaswerke sind schon mit Rücksicht auf die geringen Kohlenbestände nicht in der Lage den Gasausfall vom Hochofenwerk zu decken. Die Gasabgabe kann sich erst wieder bessern, wenn das Hochofenwerk die Koksablieferung in dem bisherigen Umfang wieder aufgenommen haben wird und die Lübecker Gaswerke ausreichend mit Kohlen versorgt werden. Das Publikum wird ersucht, alle Anfragen beim Gaswerk über Gasdruckmangel und Gasperrenzeiten zu unterlassen, da die Dienststellen durch andere zwingende Meldungen bereits überlastet sind.

Nach der oben erwähnten Lohntabelle der Direktion des Hochofenwerkes, welche von ihr veröffentlicht werden, betrug im September der niedrigste Lohn für Plakarbeiter 481—588 Mark, Erz-Inden, Kohlenfahrer und gelernter Arbeiter bezogen Monatslöhne von 734 bis 926 Mk., ein Eisenbrecher ist mit 1149 Mk. angeführt. Zu diesem Verdienst kommt nach der Direktionsmeldung noch der Wert des Zugeständnisses auf den Bezug von 70 Zentner Koks für Verheiratete und 10 Zentner Koks für Junggeheiratete zum Preise von 1,20 Mk. pro Zentner. Der Koks kostete heute 11 Mk. pro Zentner. Rechnet man nur mit dem früheren Preis von 7,50 Mk. pro Zentner, so bedeutet dies bisher eine indirekte Zulage von 36,75 Mk., bei dem gültigen Preise sogar von 57,15 Mk. pro Monat. Der Durchschnittslohn sämtlicher Koksarbeiter des Werkes betrug im September 22,98 Mk. pro Schicht ohne Berücksichtigung des Koks, gegenüber einem Gehalt von 13,25 Mk. im Monat Januar ds. Js. Hierzu kommen noch die Ausgaben des Werkes für Urlaub, welche sich in den letzten 6 Monaten auf rund 65 000 Mk. beliefen und für manche indirekte Zulagen. Eschalten doch die Bewohner der Arbeiteransiedlung das Leuchtgas heute noch zu 10 Pfg. pro Kbm. bei einem Mietpreis von ca. 21 Mk. monatlich für Wohnung mit Garten. Dabei Nachfeld zu 10 Pfg. pro Quadratmeter.

Gegen die notwendigen Beschränkungen im Mietverfahren wandte sich eine Versammlung des Neuen Grundeigentümervereins. Die Mitglieder können sich mit den harten Tarifänderungen nicht abfinden, sie sehen in der Genehmigungspflicht aller Mietverträge durch das Einigungsamt eine Entrechtung, die sie sich nicht mehr gefallen lassen wollen. Um des lieben Friedens willen dürfte sich der Hausbesitzer nicht mehr alles bieten lassen und müsse event. zur Selbsthilfe greifen. Am Mietereinstimmungsamt hatten sie sehr viel auszuleihen, weil es die Mieten grundsätzlich niedrig halte. Nach dem Bericht eines bürgerlichen Mitglieds wurde insbesondere bei der Reparaturfrage eine passive Resistenz empfohlen. Einem Besitzer von 46 Wohnungen wurde nahegelegt, sich erst von der Behörde für das Wohnungswesen das nötige Geld für die auferlegten Reparaturen geben zu lassen. Falls in Zukunft der Hausbesitzer vereinbarungsgemäß vorher nicht benachrichtigt wird, soll den Sachverständigen des Mietereinstimmungsamtes der Zutritt zu den Wohnungen verweigert oder das Gutachten abgelehnt werden. Es wurde der Behörde angeraten, den Bogen nicht zu straff zu spannen, denn auch den Hausbesitzern stehe das Streik- und Demonstrationsrecht zu. Jedes Mitglied würde grundsätzlich keine Reparaturen oder Erneuerungen ausführen, sowie auch alle auf dem Grundstück ruhenden Steuern und Lasten zu zahlen verweigern. In der Versammlung sollen „noch viele interessante Ausführungen“ gemacht worden und Beispiele von Selbsthilfe gegeben worden sein. — Die Mieter können der Gesetzgebung für die Schutzmaßnahmen nur dankbar sein, und die ungeduldrigen Hausbesitzer, von denen gewiß manche in Betrachtung sind, ebenfalls. Würde hier dem freien Spiel der Kräfte Lauf gelassen, dann könnte mancher etwas erleben, gegen das eine Hausbesitzerdemonstration ein Kinderpiel wäre.

Eine hart besuchte allgemeine Beamtenversammlung tagte am Freitag abends in den Zentralhallen. Herr Meier vom Beamtenbund begründete die Forderungen der Beamten. Professor Steffen bedauerte den Standpunkt des Senats in der Gehaltsfrage der Beamten. Eine Existenzmöglichkeit müsse den Beamten gewährt werden. Die Beamten in Preußen hätten ein wesentlich höheres Einkommen als die Lübecker Beamten. Der Beamte wolle sich gerne einschränken, aber existieren müsse er können. Wen über Staat die Mittel zu seiner Existenz nicht freiwillig, so müsse man, so sehr es den Gefühlen widerstrebe, am Steiß denken. Der um sich greifenden Demoralisation in der Beamenschaft müsse vorgebeugt werden durch höhere Entlohnung. In erster Linie kämpften die Beamten für ideale Interessen. Genosse John vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten begrüßte es, daß der Beamtenbund sich der Generalkommission anschließen wolle, weil nur die auf dem Boden der freien Gemeinwirtschaft stehenden Organisationen die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll vertreten könnten. Das Bürgergenossenschaftsmitglied Schiemann (Dem.) suchte sich vergeblich dagegen zu verteidigen, daß er seine eigenen Angestellten sehr niedrig und nicht nach dem Tarif entlohne. Andere Genossen Haut und Lantthaler versprachen ihr Möglichstes für die Beamten zu tun. Allgemein wurde auch anerkannt, daß außer einem halben Duzend Bürgerlicher nur die Sozialdemokraten in der Bürgergenossenschaft für die Beamten eingetreten seien. Die Beamten hofften auf die richtige Einsicht und auf ein weites Entgegenkommen des Staates. Folgende Resolution wurde angenommen: Die Lübecker Beamenschaft hat mit Entrüstung von der Vorlage des Senats auf Gewährung von nur 200 Mk. als Steuerzuschlag Kenntnis genommen. Sie lehnt diese Summe als völlig unzulänglich ab und fordert zum mindesten völlige finanzielle Gleichstellung mit den preussischen Kollegen. Die würde im wesentlichen erreicht sein, wenn ihr die vollen Teuerungszulagen rückwirkend vom 1. April ab, nicht wie bisher auf das Friedensgehalt, sondern auf das laut Senatsdekret vom 9. Oktober 1918 festgesetzte Gehalt gewährt wird. Zweitens fordert die Lübecker Beamenschaft, damit eine ungefähre Gleichstellung der Geistesarbeiter mit den Handarbeitern, unter Berücksichtigung der längeren Vorbereitungszeit der ersteren, erreicht wird, daß vom 1. Januar 1920 an ihr Einkommen, soweit Gehalt und Teuerungszulagen für Ledige und Verheiratete in Betracht kommen, aber unter Wegfall der Kinderzulagen, auf das Doppelte der bisherigen Bezüge erhöht wird.

Der nötige Ausgleich für kinderreiche Familien hat durch eine auf die Mindernehmende abgemeinerte Besteuerungspolitik zu erfolgen. Die Teuerungszulagen sollen sofort ausgeschüttet werden, weil den Beamten die Beschaffung der Wintererträge und des Heizmaterials nur so möglich ist. Den Ausgeschiedenen soll entsprechend ihrer Beschäftigungsdauer Nachzahlung gewährt werden.

Hamburg-Lübeck-Quaalund-Kopenhagen. Aus Kopenhagen wird berichtet: Das dänische Komitee für eine direkte Verbindung Hamburg-Lübeck-Quaalund-Kopenhagen hat Schritte in die Wege geleitet, um mit den an diesem Projekt interessierten deutschen Kreisen in Verbindung zu treten und eine gemeinsame Förderung des Planes zu erreichen. Die deutschen Kreise zeigen für dieses Projekt lebhaftes Interesse.

Deutsch-schweizerischer Handelsverkehr. Die Deutsche Handelskammer in der Schweiz hat einen Vertrauensmann für Deutschland bestellt, dessen Aufgabe es ist, den deutschen und schweizerischen Interessenten jederzeit Auskunft über die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen zu geben. Die allgemeinen Auskünfte erfolgen, soweit möglich, unentgeltlich, oder unter Berechnung der Selbstkosten. Die Adresse des Vertrauensmannes ist im Bureau der hiesigen Handelskammer, Breite Straße 6, zu erfahren.

Achtung, Arbeiterjugend! Sonntag nachmittags Schmelzjagd. Abmarsch 1 1/2 Uhr vom Lindenplatz.

Im Sanna-Theater klara gestern abend wieder einmal Oscar Strauß' herrliche „Wäldertraum“. Die Geschichte von dem als Chemiker in der Hochzeitsnacht streifenden Prinz gemahlt und seiner lümmel, schlüchternen Gattin Helene, der beiden Damenkapellmeisterin Franz Steingrubers, die schließlich doch wohl in Lust verliebt ist, der Prinzessin zu ihrem ersehnten Glück verhilft, findet hier, wo sie seit langem bekannt ist, noch immer großes Interesse. Das Haus war sehr gut besucht. Herr Strehlen hatte die Operette hübsch inszeniert und der Aufführung das nötige lebendige Tempo gegeben. Aida von Baal war als Helene von angenehm äußeren und sympathisch in Gesang und Spiel. Für die Franz Steingrubers brachte Ernst Lehmann viel natürliche Liebesswürdigkeit, Frische und Drolligkeit mit; sie bildete den Mittelpunkt der Dinge, wenn sie auf der Bühne stand. Hans Kugelberg gab den Prinzgemahl als klotten Schwermütler. Für Heiterkeit sorgten in erster Linie die Herren Wahl als Serenissimus und Reinhard Wolf als dessen itzzeitgenössischer verliebter Vetter, sowie Johanne Senbold als Oberkammerfrau. Die sehr beifällig aufgenommene Vorstellung hatte in Kapellmeister Jörgiebel den richtigen leitenden Dirigenten.

Die Dierck-Gesellschaft hat am vergangenen Sonntag ihre XV. Ausstellung eröffnet. Sie ist in der Hauptsache dem Werk des heute 70jährigen Malers Professor Christian Rolfs gewidmet, der einst in Weimar zusammen mit seinem Freund Th. Hagen zu den besten deutschen Landschaftlern zählte, im letzten Jahrzehnt aber sich zu einem Führer des Expressionismus in Deutschland entwickelt hat. Einer der Ausstellungsräume ist einer jungen Malerin von vielversprechendem Können, Frau. Else Weg aus Dierck, eingeräumt. Außerdem stellt ein junger Lübecker, U. Mahlau, zum erstenmal Zeichnungen und graphische Arbeiten aus. Am Montag, dem 27. Oktober, wird auf Einladung der Dierck-Gesellschaft Professor E. W. R. a. g. e. l., der in Lübeck wohlbestandene Kunsthistoriker der Universität Lund, einen Vortrag über kunstgeschichtliche Beziehungen zwischen Schweden und Norddeutschland halten, auf die wir heute schon aufmerksam machen.

Kleinhaus- und Siedelungsban. Am morgigen Sonntag wird in der Turnhalle des Johanneums die Ausstellung von staatlichen und privaten Siedelungsplänen eröffnet. Der Besuch der Ausstellung ist frei. Sie ist von 10 bis 4 Uhr geöffnet. Ziel der Ausstellung am 2. November. Es sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Veranstaltung dazu dienen soll, einen Überblick über die verschiedenartigen Siedelungsbestrebungen zu geben und Klarheit darüber schaffen zu helfen, in welchen Formen der Siedelungsgedanke verwirklicht werden kann. Die gesamte Bevölkerung hat alle Ursache, der Ausstellung regte Teilnahme zuzuwenden und die Vorträge, die während der Ausstellung in der Aula des Johanneums gehalten werden sollen, zu hören, zumal diese Vorträge mit einer freien Ausprache unter den Erziehungsberechtigten verbunden sein werden. Die Eröffnung findet am 12. Uhr vor geladenen Gästen statt. Für das Publikum ist der Zutritt von 1/2 Uhr ab frei.

Vom Verein zur Förderung der Geflügelzucht wird im Interesse der Belebung auf dem Gebiete der Hühner- und Taubenhaltung am Montag, dem 20. d. Mts., abends 8 Uhr im Restaurant „Zu den drei Ringen“, Hansstraße, ein Besprechungabend über Hühner und Tauben veranstaltet. Im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse sind auch Nichtmitglieder eingeladen.

Stadttheater. Am morgigen Sonntag ist die erste Veranstaltung im Schauspielhaus. Der Direktion ist es gelungen, für das eigenartige und sehr schwer zu spielende sogenannte Puppenpiel vom Doktor Faust ein auf die mittelalterliche Spielweise eingetübtes Personal zu gewinnen. Diese reich begabten Künstler sind alle Köhner von Geburt und haben von der Entente zunächst keine Ausreiseerlaubnis erhalten. Erst als der amerikanische General hörte, daß es sich um das erste Werk des Erlösungsgedankens handelte, hat er im Sinne Wilsons und des Weltfriedensgedankens nachgegeben. Nun sind die Künstler hier und die Proben in volstem Gange. Das Spiel der Künstler ist sehr eigenartig und erinnert direkt an Holzschnitt.

Polizeibericht. In letzter Nacht wurde in Selmsdorf mittelst Einbruchs ein Pferd mit Kastenwagen aus dem Stalle eines Landmannes gestohlen. Der Täter sollte sich mit dem Fußwerk nach Lübeck gewandt haben. Durch sofort angestellte Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei wurde als Täter der Matrose Rudolf Ostrowski, geb. am 27. 7. 97 in Danzig, ermittelt und festgenommen, als er im Begriffe stand, das Fußwerk in der Johannisstraße zu verkaufen bzw. zu veräußern. Ein Komplize von ihm hatte sich seiner Festnahme durch die Flucht entzogen. Die beiden Verbeden haben übrigens in der Gegend von Selmsdorf mehrere Einbrüche ausgeführt. — Unter eigenartigen Erscheinungen soll zu zwei verschiedenen Malen ein Einbruch in einem Kontor in der Seidergrube ausgeführt sein, bei denen dem Täter 35 Kisten Zigarren in die Hände gefallen sind. Wie die angestellten Ermittlungen ergaben, sind die Einbrüche von einem Lehrling des Geschäftes fingiert gewesen. Nach längerem Leugnen gestand der Lehrling, den Diebstahl der Zigarren selbst ausgeführt zu haben. — Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Alt-Weid wegen Diebstahls. Dasselbe hatte sich bei der in der Seidergrube wohnenden Herrschaft unter falschem Namen vermietet, hatte aber keinen Dienst nur dazu benutzt, um seiner Herrschaft für über 800 Mark Kleidungsstücke usw. zu stehlen, um damit heimlich zu verschwinden. — Inhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist in der Nacht zum 17. ds. Mts. ein Perlenring, geb. W. Brandt Nr. 597. Der Geschädigte sichert für die Wiederherbeschaffung eine Belohnung von 50 Mk. zu. — In der Nacht zum 18. Oktober sind in einem Hause der Lessingstraße mittelst Einbruchs gestohlen worden: Eine Bronze-Standuhr, eine erhebliche Menge silberner Messer und Gabeln, ein silberner Gemäldeleffel, Servietten und Serviettenringe, mehrere Ledene und handgefertigte Tischdecken, weiße Leinwandtücher, ein Perlmutterpernglas, ein Herren-Wintermantel und ein Gummimantel. Auf die Ermittlung der Täter und die Herbeischaffung der Sachen sind 500 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Cutin. Das Ergebnis der Volkszählung ist für die Stadt Cutin folgendes: Anwesende Personen 6246, nämlich 2785 männliche und 3461 weibliche, darunter 180 vorübergehend Anwesende und 39 Militärpersonen. Hierzu kommen noch 246 vorübergehend abwesende Personen. Das endgültige Ergebnis wird an diesen Zahlen noch ein geringes ändern. Die Zählung 1910 hatte 6210 Personen ergeben. — **Dienburger Landesswappen und Landesflagge.** Das Landeswappen ist wie folgt festgesetzt worden: Im quadrierten Schilde im 1. und 4. goldenen Feld je zwei rote Balken, im 2. und 3. roten Feld je ein

goldenes, an den Enden verbreitertes und eingelebtes, am Fuß mit einer Spitze versehenes Kreuz. In den Landesfesten Lübeck und Birkenfeld wird auf dem Landeswappen das Wappen des Landesherren als Herzogshild geführt. Als oberburgenliche Flagge (Landesflagge) darf nur die blaue, durch ein einfaches rotes Kreuz in vier gleiche Rechtecke geteilte Flagge benutzt werden. Die Flagge ist rechteckig, ihre Länge verhält sich zur Höhe wie 3 : 2; die Breite der roten Streifen beträgt ein Viertel der Breite der ganzen Flagge. Die Anbringung irgendwelcher Abzeichen, insbesondere des Landeswappens, auf der Flagge oder auf hängenden Fahnen und Bannern ist verboten. Als Dienstflagge führen die Staatsgebäude und Staatsfahrzeuge die Landesflagge, jedoch auf der Kreuzung der roten Streifen mit dem Landeswappen.

Segeberg. Großfeuer. Auf dem Hofe Jnrade wurde das Wohnhaus mit Nebengebäuden, Viehhaus und Scheune mit der ganzen Ernte ein Raub der Flammen. Im Getreide sind 45 Fuder Roggen, 50 Fuder Weizen, 60 Fuder Hafer, 50 Fuder Heu und 20 Tonnen Buchweizen verbrannt. Ebenso wurden die auf dem Hofe arbeitende Drechsmaschine, nebst Strohpresse, verschiedene landwirtschaftliche Maschinen und Hausgeräte zerstört. Auch ein Schwein und ein Ferkel sind in den Flammen umgekommen. Man vermutet, daß das Feuer durch Funkenflug aus der Lokomobile entstanden und durch den heftigen Wind angefaßt worden ist.

Hamburg. Explosionsunglück auf der Vulkanwerft. Am Freitag nachmittag ereignete sich auf der Vulkanwerft eine eigenartige Explosion. Mit einem donnerähnlichen Knall wurde plötzlich der Fußboden der umfangreichen Schiffschmiede auseinandergerissen. Die schweren Ambosse wurden von ihren Lagern geschleudert, das gesamte Handwerkszeug durch einander geworfen, die Meisterbänke völlig demoliert und viele Konstruktionszeichnungen zerstört. Drei in der Schmiede beschäftigte Männer wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Todesfälle sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Schwinn. Gute Kartoffelernte in Mecklenburg. Auf mehreren Gütern ist wie aus dem Lande berichtet wird, die Kartoffelernte so reichlich, daß sich Landwirte von Rentnern anhäufen, worüber die amtlichen Stellen nicht verärgert haben. Täglich werden die Vorräte, die dem Abtransport harrn, größer. Seit Jahren ist in Mecklenburg keine so gute Kartoffelernte gewesen, wie in diesem Jahre. Von einem Zusammenbruch der Versorgung kann man daher erfreulicherweise nicht reden, wenn der Abtransport sich erweisen läßt.

Hensburg. Die Abstimmung in Schleswig. In der „Berliner Tribüne“ sagt der stellvertretende Vorsitzende der Hensburger Stadtverordneten-Versammlung, Sörensen, daß die Auslichten für die Abstimmung für Dänemark günstig ständen, unter der Voraussetzung, daß die Wahlfrage vor dem Abstimmungstage klargelegt werde. Wie Sörensen weiter mitteilte, wird Hensburg während der Abstimmungszeit französische Besatzung erhalten. Das übrige Gebiet wird durch englische Truppen besetzt werden.

Stade. Das Urteil im Wilhelmsburger Kriminalprozess wurde am Mittwoch gefällt. Es lautet auf Gefängnisstrafen von 2—9 Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft, auch einige Freisprüche sind zu verzeichnen. Das Gericht sprach die Verurteilung aus, daß die Unruhen nicht von einer politischen Partei herangeführt worden seien. Einzelne Personen hätten eine politische Umwälzung gewünscht, um die Macht an sich zu reißen. Bruhn (Freispruch), der sich als Führer aufspielte, sei moralisch für diese Unruhen verantwortlich. Hätte B. sich mehr um Verhütung bemüht, hätten diese Ausschreitungen diesen Umfang nicht angenommen. Dem Angeklagten Bruhn konnte aber eine Teilnahme an den Gewalttätigkeiten und der Zusammenrottung nicht nachgewiesen werden.

Spiele, Sport und Körperpflege.

dra. Sammlung der Schneekäufersprache. In Verbindung mit der Sammlung der Turn-, Spiel- und Sportsprache des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen (Schadowstraße 8) sammelt der Deutsche Skiverband die Schneekäufersprache, d. h. alles, was sich auf Schnee, Schneelauf und Schneekäufersprache, insbesondere auch Jargon- und Dialektausdrücke. Solche Sammlungen sind besonders insofern von Wert, als sie mit dazu beitragen, späteren Geschlechtern ein getreues Bild vom heutigen Stand der Leibesübungen, z. T. besser als Bilder und Aufsätze es vermögen, zu geben.

Neueste Nachrichten.

II. Berlin, 18. Oktober. In der Schildhornstraße in Steglitz wurden gestern in der letzten Abendstunde auf einem auf der Fahrt von Rankow nach Charlottenburg befindlichen Militärkraftwagen der technischen Abteilung Rankow durch die Explosion einer Handgranate vier Soldaten getötet, einer schwer und zwei leicht verwundet. Es handelt sich um Angehörige der technischen Truppe des Reichswehrkommandos Rankow, die als Arbeitswilligen für ein der vom Streit betroffenen Elektrizitätswerte bestimmt waren.

Schülerdemonstrationen in einem Aino.
III. Dresden, 18. Oktober. Gestern abend demonstrierten 150 höhere Schüler in den Vaterlandsspielen während der Vorstellung des Films „Fräulein Wutter“. Die Demonstrationen, für die der übrige Teil der Anwesenden für und wider Partei nahm, richtete sich gegen die Schundliteratur überhaupt und nahm einen derart färbenden Charakter an, daß das Theater durch die Polizei geräumt werden mußte.

Keine amerikanischen Lebensmittel mehr.
III. Frankfurt a. M., 18. Oktober. Amerikanische Besatzungsoffiziere gaben bekannt, daß die Lebensmittel, die aus amerikanischen Anebebeständen der deutschen Bevölkerung zugewiesen wurden, ausgereicht sind und aus Amerika nicht mehr ersetzt werden können. Die günstigen Lebensmittelangebote Amerikas seien von der deutschen Verwaltung nicht angenommen worden. Der einzige Weg für das deutsche Volk, so heißt es in der Bekanntmachung, Lebensmittel und Kohlen ohne die ungewohnte Verteuerung zu erhalten, sei der, die notwendigen Lebensmittel selbst zu erzeugen oder durch fleißige Arbeit Werte zu schaffen, die den Stand der deutschen Valuta im Zustande heben.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)
(Nachdruck verboten.)

Der 19. Oktober verläuft meist trocken und ziemlich mild bei mäßigen Westwinden und zeitweiliger Sonnenschein. Nur im Nord- und Ostsee-Küstengebiet treten noch vereinzelte Niederlagen auf. Am 20. und 21. Oktober ist das Wetter bei abnehmender Luftwärme und West- bis Nordwestwinden veränderlich, meist stark wolkig, morgens bzw. vormittags vielfach neblig, sonst vormiegend trocken. Im Binnenlande ist Reif bzw. Nachtfrost zu erwarten. Der 22. bringt bei fallendem Barometer unter 750 mm eine Aenderung im ungunstigen Sinne. Bei stark aufsteigenden Südost- bis Südwinden stellen sich Trübung und nachmittags im Westen und Norden Niederschläge ein, die sich am 23. bei starken bis stürmischen Südwestwinden über den ganzen Bezirk ausbreiten und vielfach ergiebig sind. Am 24. legen sich die Regenschauer nach Nordosten ab, nehmen aber im Westen und Süden ab. Wichtige Nordwestwinde drücken die normale Luftwärme herab. Der 25. läßt zwar unbeständiges aber vorwiegend trockenes Wetter mit Aufheiterung und Nachtfrost im Binnenlande erwarten.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Meier & Co.
Siedelung in Siedelung.

Um die Militärstrafgerichtsbarkeit.

Je näher die Aufhebung der Militärstrafgerichte rückt, eine desto fieberhaftere Tätigkeit entfalten einige Kommandos, um dieses Instrument des Militarismus am Leben zu erhalten. Besonders tut sich darin der Grenzschutz-Ord hervor, bei dem der Oberkriegsgerichtsrat Diez die Seele der Propaganda ist, was man dem Mann allerdings persönlich nicht übel nehmen kann, denn jeder wehrt sich gegen die Abschaffung des Berufes, in dem er tätig ist, und es wäre zuviel Einsicht von einem Oberkriegsgerichtsrat verlangt, daß er die Ueberflüssigkeit seiner Tätigkeit anerkennen sollte.

Jetzt tritt auch das Reichswehrgruppenkommando III mit einer Eingabe an den Reichsrat heran, die vom Chef des Generalstabes Oberst von Thaeer unterzeichnet ist. Als Anlage sind dieser Eingabe die vom Oberkriegsgerichtsrat Diez herausgegebenen „Militärrechtlichen Blätter“ beigelegt, in denen mit besonderer Sorgfalt Stimmen aus dem Heer gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit gesammelt sind. Durch stärkste persönliche Beeinflussung — für diese Tatsache liegen Beweise vor — ist auch eine Reihe von Vertrauensleuten bewegt worden, sich dem Protestrummel gegen die Abschaffung der Militärgerichte anzuschließen. Im übrigen stehen diese Äußerungen teilweise auf einem Niveau, das man wirklich nur mit Abscheu darüber hinweggehen kann. So heißt es in einem Bericht des Gerichts der zweiten Infanterie-Brigade über Äußerungen der Vertrauensleute der zweiten Brigade: „Vereinzelt wird die Ansicht vertreten, daß in gewissen Fällen leichte kameradschaftliche Züchtigung unmittelbar nach Bekanntwerden des Straffalles die beste Strafe wäre und vor weiteren Straftaten am meisten abschrecken würde.“

Also der berüchtigte „Heilige Geist“ soll in geistlicher Form seine Wiederauferstehung feiern. Für diese Einführung der Prügelstrafe bedankt sich das gesamte deutsche Volk, und wenn dies die Gesinnung ist, aus der die Beibehaltung der Militärgerichte gefordert wird, so ist das ein Grund mehr für ihre schnelle Abschaffung.

Natürlich triefen sowohl die Eingabe des Reichswehrgruppenkommando III wie die Gutachten der „Militärrechtlichen Blätter“ von Lobsprüchen der bisherigen Militärjustiz. In der Eingabe heißt es, die öffentliche Meinung sei in dieser Einsicht bisher irregeführt worden. Man braucht aber nur eine Sammlung kriegsgerichtlicher Urteile in die Hand zu nehmen, um die kulturwidrige Barbarei der Militärrechtsprechung in voller Größe vor sich zu sehen. Dugende von kriegsgerichtlichen Urteilen können namhaft gemacht werden, durch die unglückliche Soldaten zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, weil sie bei einer Langbogenschießerei mit einem Rivalen ins Handgemeine kamen, der zufällig einen Dienstgrad über ihnen stand. Auf der anderen Seite können Urteile nachgewiesen werden, wo Soldatenhelfer, die durch ihre rohen Qualereien Rekruten zum Selbstmord getrieben hatten, mit ein paar Tagen oder ein paar Wochen gelinden Arrestes davon kamen. Mehrere hundert Fälle von Mißhandlungen und Beleidigungen wurden bei Vorgesetzten mitunter mit vier oder sechs Wochen Arrest gesühnt, während eine einzige Aufwallung des gemeinigen Untergebenen diesem jahrelang Gefängnisstrafe eintrug. Die kurz vor dem Krieg im Verlag des „Vorwärts“ erschienene Schrift „Klassenjustiz“ enthält hierfür eine Fülle von erdrückendem Beweismaterial. Darum trotz aller Machinationen um ihrer Stellung bangender Kriegsgerichtsräte: Fort mit dem Scheusal der Militärjustiz!

Verhinderung von Deutschen durch Aufständische in Oberschlesien.

Den „P. P. N.“ liegen beglaubigte Abschriften von Protokollen vor, nach denen während der Aufstandsbewegung in Oberschlesien weit über hundert Personen deutscher Nationalität, darunter auch Frauen und Kinder, von polnischen Banden nach Polen verschleppt und auf dem Weg dorthin in geradezu bestialischer Weise mißhandelt worden sind. Die Aussagen wirken zum Teil erschütternd und erinnern an die Schilderungen der russischen Gefangenentransporte nach Sibirien. Der Vorgang

spielte sich immer in derselben Form ab: mehrere Bewaffnete — uniformierte und nichtuniformierte — drangen in die Wohnung des Opfers, beraubten es seiner Wertgegenstände und oftmals der wichtigsten Kleidungsstücke und beförderten es dann unter Beschimpfungen und Drohungen per Schub über die Grenze.

In Polen wurden die Verschleppten in Gefängnissen und Gefangenenernährungsuntergebracht, wo sie mit Prügelein und geringfügigen Lebensmitteln abgepeist wurden. Viele von ihnen sind auf das Schwerste in ihrer Gesundheit geschädigt worden. Sämtliche Verschleppten klagten über die miserable Verpflegung; außer einer dünnen Kartoffelsuppe und geringer Brotration wurde ihnen nichts verabfolgt. Ihre Beschwerden wurden mit Schimpfworten beantwortet. Ein polnischer Offizier jagte zu einem verschleppten Polizeihilfsbeamten: „Ihr deutschen Hunde werdet noch zeitig genug freieren.“ Ebenso beschimpfte das aufgehegte polnische Volk die Gefangenen während des Transports.

Die Entlassung der Gefangenen erfolgte in den meisten Fällen einige Tage nach ihrer Einkieferung in die Gefängnisse, doch werden nach dem Verzeichnis aus dem Polizeidirektionsbezirk Ratte- witz zurzeit noch elf Personen vermisst.

Was sagt die polnische Presse, die sich über angebliche Ausschreitungen deutscher Grenzschutztruppsen moralisch entrüstet, zu diesen Greueln einer zügellosen polnischen Soldateska?

Der „Hungerstreik“ der Kommunisten in Glatz.

Fasten bei Tage — nachts Schokoladen-Essen.

Lieber das Leben der in der Festung Glatz zuangsweise untergebrachten Kommunisten bringt die Breslauer „Volkswacht“ von kommunistischer Seite eine Schilderung, aus der hervorgeht, daß die Kommunisten dort kein schlechtes Leben führen. Sie schimpfen dabei weidlich auf den kürzlich aus der Festung Glatz entlassenen Kommunisten Hirsch. Hirsch ist nämlich, wie sie jetzt preisgeben, derjenige gewesen, der den Hungerstreik auf der Festung Glatz in Szene gesetzt hat. Die anderen haben zwar mitgemacht, aber sie geben zu, daß ein Unlutz zu irgendwelchen Klagen über schlechtes oder mangelhaftes Essen oder gar über schlechte Behandlung nicht vorgelegen habe. Die Behandlung wird als gut bezeichnet, von Herrn Horazek sogar als „kordia!“ Die Verpflegung und der ganze Aufenthalt wären so angenehm gewesen, daß die Kommunisten auf die Glatzer Zeit als eine Art „Sommerkur“ zurückblicken. Das Essen war nicht nur sehr gut, sondern es gab in der Woche vier- bis fünfmal Fleisch und drei- bis viermal frische Butter. Vom Hungerstreik sprang schon am ersten Tage einer ab Die übrigen folgten bald nach, bis am fünften Tage nur noch Herr Hirsch im Hungerstreik verharrte. Und weshalb konnte er das? Er war mit Schokolade versehen und nährte sich von dieser, wie es scheint, ausgezeichnet. Die Kommunisten fanden unter seinem Bette das zusammengeknüllte Schokoladen-Papier. Hirschs Gesundheitszustand erschien den Kommunisten auch so gut, daß er ihnen als Bestätigung ihrer Vermutung der nächtlichen Schokoladenpeisung gilt. Hirsch war nach Ausspruch des Arztes nach fünfzigem Hungerstreik noch bei so guter Gesundheit, daß er noch hätte weiterstreiken können. Sie vermuten, daß auch der Arzt vielleicht schon eine Ahnung von dem im Bett vorhandenen Schokoladenvorräten des Herrn Hirsch gehabt habe.

Die Falschmeldung über die Bamberger Finanzministerkonferenz.

Der preussische Finanzminister Südekum hatte die „Post“ und die „Tägliche Rundschau“ wegen der Behauptung heftig angegriffen, daß auf der Bamberger Finanzministerkonferenz über den bevorstehenden Reichsbankrott gesprochen worden sei. Der Urheber der Meldung, der Herausgeber der „Reichshauptstädtischen Korrespondenz“, Horn, hatte demgegenüber an die Presse eine Erklärung verfaßt, in der es hieß, daß er auch nach den Erklärungen Südekums an der Richtigkeit seiner Notiz zu zweifeln keinen Anlaß habe, da dieselbe aus dem Kreise von Per-

sönlichkeiten stamme, die dem Minister nahe stünden. Nach einer Unterredung mit dem Minister und den beiden Geheimräten, die ihn nach Bamberg begleitet hatten, hat indessen am 4. Oktober der Herausgeber der „Reichshauptstädtischen Korrespondenz“ folgende Erklärung abgegeben:

Nach einer Unterredung im preussischen Finanzministerium am 4. Oktober 1919, an der außer mir der Herr Minister Dr. Südekum und die beiden vom preussischen Finanzministerium an der Versammlung in Bamberg beteiligt gewesenen Herren Wirkl. Geh. Oberfinanzrat Dr. Schwarz und Geh. Finanzrat Dr. Büchel teilgenommen haben, erkläre ich folgendes:

Ich habe mich überzeugt, daß die von mir in der „Reichshauptstädtischen Korrespondenz“ vom 25. September b. J. veröffentlichte Notiz über die vertrauliche Besprechung der deutschen Finanzminister in Bamberg in keinem Punkte der Wahrheit entspricht.

Mit dem Ausdruck des Bedauerns nehme ich daher die von mir am 30. September veröffentlichte Bemerkung zurück, daß ich auch nach den Erklärungen des Herrn Ministers Dr. Südekum keinen Anlaß hätte, an der Richtigkeit jener Notiz zu zweifeln, da dieselbe aus dem Kreise der dem preussischen Finanzministerium nahestehenden Persönlichkeiten stamme.

Ich erkläre weiter ausdrücklich, daß die beiden obengenannten Herren Geheimräte Dr. Schwarz und Dr. Büchel in keinerlei Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Notiz stehen.

Berlin, den 4. Oktober 1919.

Da der Herausgeber dieser Korrespondenz die Bedingung nicht erfüllt hat, diese Erklärung in der „Post“ und „Täglicher Rundschau“ zu veröffentlichen, hat sie Mittwoch der Finanzminister in der Landesversammlung verlassen. Es ist damit der Beweis erbracht, daß die genannten Blätter sich zur Verbreitung und Aufrechterhaltung einer völlig falschen Meldung hergegeben; aber sie nicht rechtzeitig richtiggestellt haben.

Die Internierung deutscher Generale durch die Alliierten.

Wie bekannt, wurden General Liman von Sanders, General Krefz von Kressenstein und Graf von Schulenburg von den Alliierten interniert, als sie sich auf dem Wege nach der Türkei nach der Heimat befanden. Erst nach wiederholten Protesten der deutschen Regierung wurden sie schließlich heimbeordert. Auf eine an die Alliierten gerichtete Anfrage über die Gründe ihrer vertragswidrigen Zurückhaltung ist nunmehr, wie die „P. P. N.“ an zuständiger Stelle erfahren, eine französische Antwort folgende eingelaufen, in der es heißt:

Die Zurückhaltung des Generals Liman von Sanders in Mafsa hat ihren Grund in der gegen ihn eröffneten Untersuchung bezüglich der Verantwortlichkeit an den Verfolgungen und Verschleppungen, deren Opfer die Griechen Kleinasiens im Jahre 1917 gewesen sind. Diese Untersuchung hat nur schwere Vermutungen für die persönliche und direkte Verantwortlichkeit des Generals erbracht. Aus diesem Grunde ist er nach Abschluß der gegen ihn eröffneten Untersuchung in Freiheit gesetzt worden, und zwar ohne daß eine weitere Anklage gegen ihn hinsichtlich der Plünderung und Zerstörung des Hauses des französischen Konsularagenten in Gallipoli aufrecht erhalten worden wäre.

General Krefz von Kressenstein wurde wegen des von ihm tatsächlich ausgeübten Kommandos im Kaukasus vorläufig zurückbehalten. Aus diesem Grunde kamen die Erleichterungen für die Heimbeorderung deutscher Persönlichkeiten, die einen diplomatischen Posten bekleideten, nicht in Frage.

Was den Grafen Schulenburg betrifft, so wurde er auf das ausdrückliche Geheiß des Oberkommissars von Konstantinopel zurückgehalten. General Krefz von Kressenstein sowie Graf Schulenburg sind übrigens gleichzeitig mit den deutschen Truppen in der Türkei in Uebereinstimmung mit dem sowohl mit Deutschland als mit der Türkei abgeschlossenen Waffenstillstand heimbeordert worden.

14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

(Schluß des zweiten Verhandlungstages.)
Die Mandatsprüfungskommission berichtet dann über den Dresdener Wahlprotest. Dort wurde vom Zentralwahlkomitee

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Hat meine Frage Sie denn überrascht?“
„Ja.“
„Was antworteten Sie denn, als Ihr Freund von mir sprach?“
Sie richtete sich auf und sah ihm gerade ins Gesicht.
„Ich habe gesagt, daß ich Sie bewundere.“
Er ergriff ihre Hand, die das Spizentuch hielt, als wenn er sie küssen wollte.
„Ich geh' nicht eher, als bis Sie mir Ihre Antwort gesagt haben.“
Ihr traten Thränen in die Augen, so schmerzte sie der furchtbare Druck seiner Hände.
„Sie tun mir weh.“
„Antworten Sie!“
„Ja... ich will...“
Einen Augenblick betrachtete er das glänzende Geschöpf, das in gebrochener Haltung vor ihm stand. Dann riß es ihn auf die Erde nieder. Er hatte den unbewinglichen Wunsch, sich vor ihr zu erniedrigen, und bedeckte ihre Hand mit glühenden Küßen. Sie stand halb abgewandt und starrte aus dem Fenster auf die graue Straße hinab, wo in schwerfälligen Droschken die Leute nach Hause fuhren. Die Masterade war zu Ende, die Wirklichkeit begann. Sie zog ihn langsam zu sich empor. Während sie in seine Augen blickte, fand sie ihn häßlich, aber nicht so abschreckend, wie sie gedacht. Sie nahm seinen Arm.
„Kommen Sie, wir müssen es jetzt Mama mitteilen.“
Bleich und grau wie das Gespenst des Uhermittwochs, mit brennenden Augen, die fortwährend zufließen, und die sie dann unnatürlich weit aufriß, sah Frau Regierungsrat auf dem Stuhl, wo sie seit Beginn des Balles geessen hatte. Kein Mensch war mehr im Saal. Halb leere Weinflaschen standen auf dem Tisch. Auf einem Porzellanteller schwebte eine Zigarre, die Dehwitz dort hatte liegen lassen. Eine fade, süße Luft wie in einer Weinkeipe nach dem Morgen eines großen Gelages schwebte über dem Raum. Durch die schweren Portieren lugte das graue Morgenlicht.
Ein Kellner lehnte sich verschlafen an einen Stuhl und hielt fortwährend den einsamen Gast im Auge.
Wenn Frau Düsbach einen Funken von Hoffnung gehabt hätte, so war er jetzt erloschen. Sie fühlte sich verlassen und verraten von allen. Wo ihre Tochter sich herumtrieb, war ihr gleichgültig. Wenn sie selbst erst nur wieder zu Hause wäre! Aber sie wagte nicht aufzusehen, aus Angst vor dem Kellner.

Sie bemerkte nicht, wie die beiden in den Saal traten. Erst als sie vor ihr standen, fuhr sie erschrocken auf.

„Ich habe mich eben mit Ihrem Fräulein Tochter verlobt.“
Sie versuchte Horstmann anzulächeln, aber gelb wie Wachs werdend, fiel sie in den Stuhl zurück. Es dauerte eine Weile, bis sie wieder zu sich kam. Und auch dann vermochte sie kaum ein paar vernünftige Worte hervorzubringen, sondern bemerkte nur, es wäre noch nicht bezahlt.

V.
Es gab genug Leute in Düsseldorf, die sich heimlich auf den Stund der Frau Regierungsrat gefreut hatten. Aber daraus wurde nichts. Als am Uhermittwochs alle Welt mit verkatertem Gesicht beim Frühstückstische saß, kamen die Verlobungsanzeigen an, und Frau Düsbach stand glänzend da. Statt des Gerichtsbeamten besuchten freundlich lächelnde Gratulanten ihr Haus und brachten Glückwünsche und Blumensträuße. Sie selbst war noch am Montag mit Anna zu Schöbel gegangen, der auf den Namen Horstmann ihr eine zur Bezahlung sämtlicher Schulden ausreichende Summe vorstreckte. Die Mutter wollte den Bekannten das Geld, das sie ihnen abgeborgt hatte, persönlich überbringen und sich zugleich entschuldigen. Aber auf Annas Rat schrieb sie an jeden nur ein paar kurze Zeilen und ließ Minna die Briefe mit dem Geld hintragen. Dann setzte sie sich mit ihrer Tochter in einen Zweispänner und trat eine Rundfahrt durch sämtliche Geschäfte an, wo sie zugleich Rechnungen bezahlte und neue Bestellungen machte. So war mit einem Male alle Gefahr beseitigt, und Anna traf überall nur freundliche Gesichter, wenn man sich hinter ihrem Rücken auch mancherlei erzählte.

Die Hochzeit wurde Ende März im Weidenbacher Hof mit großem Pomp gefeiert. Annähernd hundert Personen waren geladen. Unter diesen hundert gab es kaum ein Duzend, die nicht Bemerkungen über das ungleiche Paar angefaßt und behauptet hätten, daß man mit den beiden noch manches erleben werde. Aber es schien, als sollten die Leute unrecht behalten.

Gegen Ende des nächsten Monats kam das junge Paar von der Riviera zurück. Es war ein wunderschöner Tag, hell und warm wie im Sommer. Aus den schwarzen Ästen der Kastanien in der Königsallee schollen schon überall gelbgrüne Knospen hervor, die Kalenplätze des Hofgartens schimmerten in neuem Grün, auf dem durchsichtigen Wasser der Landströme ruberten die Schwäne und bereiteten manchmal ihr weißes Gefieder aus, als wenn sie die letzten Winterfedern abschütteln wollten.

Langsam fuhr der Wagen, der die beiden von der Bahn abgeholt hatte, durch die Hofgartenstraße. Plötzlich ließ Horstmann halten, und auf einem leeren, von einem Bretterzaun umgebenen Platz deutend, auf dem früher das kleine Haus eines Malers gestanden hatte, fragte er Anna:

„Wie gefällt dir die Lage? Sieh sie dir mal an.“
„Meinst du, die konnte ich nicht? Da nebenan wohnt ja Frau Oswald. Wie oft bin ich an deren Haus vorbei gegangen und hab ich mit Reid in die Fenster gesehen.“
„Wöchst du hier wohl wohnen?“
„Hier?“

Sie sah ihn erwartungsvoll an, schon etwas ahnend, ohne doch zu wagen, es recht zu glauben. In diesem Morgen trug sie einen Hut mit schwarzen Straußeneibern, der im Verein mit dem von der Sonne durchglühtem Haar ihrem Gesicht eine ganz seltsame, imponierende und zugleich reizende Schönheit verlieh.
„Hier... ob ich hier wohnen möchte?“ stammelte sie vor Freude.

„Ja, hättest du wohl Lust?“
Sie nickte.

„Also dann ist's ja gut. Ich habe diesen Platz da nämlich gekauft. Wir wollen da unser neues Haus bauen.“
Anna fuhr auf und sah mit blinkenden Augen zu dem Haus der Frau Oswald hin.

„Auf diesem Plage! Neben Frau Oswalds Haus! Ah, du hast doch zu gute Einfälle!“
Und kümmerte sich zu ihm wendend:

„Ich möchte dich küssen, ich... ich weiß nicht, was ich möchte, du Güter!“
„Bist du zufrieden?“

„In ganz Düsseldorf gibts keinen besseren Platz!“
Und während der Wagen langsam weiter fuhr, sah sie hinter dem Bretterzaun ein Haus emporragen, das dreimal so groß, dreimal so prächtig, das Haus nebenan vollständig erdrücken sollte.

Die Freude über das Geschenk ihres Mannes lag noch auf Annas Gesicht, als an der Ecke der Jägerhofstraße Bert, der seine beiden zusammengelassenen Windhunde spazieren führte, aus dem Hofgarten trat.

„Guten Tag! Guten Tag! Herr Gott noch eins, ist das ein Vergnügen!“

Er stürzte auf den Wagen zu und küßte Anna die Hand.

„Wundige Frau sehen ja brillant aus!“

„Das weiß ich schon so,“ gab Anna lachend zurück.

„Schon länger wieder zurück, oder...?“

„Jetzt eben. Sie sind der erste Bekannte, den wir hier treffen.“

Sie schwatzten schnell ein paar Worte, dann gingen die Gänge wieder an.

„Wann darf man seine Aufwartung machen?“

„Übermorgen in vierzehn Tagen. Bis dahin wollen wir unser Glück für uns haben.“

Fortsetzung folgt.

In der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe wählte man vor einigen Monaten einen Intendanten für das dortige Landes-

Warum heben wir diese hier bekannten Tatsachen hervor? Weil gleich nach dem Amtsantritt des Herrn Fuchs in Karlsruhe eine wilde Heze gegen den neuen Intendanten einsetzte, die mit vergifteten Waffen geführt wurde und ihm keine Arbeit erschwerte, ja unmöglich machen sollte.

Abgesehen von den Einwendungen gegen das Wahlverfahren bei der Intendantenwahl, richten sich die Angriffe vor allem gegen die künstlerische Persönlichkeit des Herrn Fuchs, von dem gesagt wird, daß er viele Jahre lediglich als Komiker und Regisseur der Pöbel gewirkt hätte und einen in einem mittleren Geschäftstheaterbetriebe groß gewordenen Mann wie Herrn Fuchs, heißt es am Schluß des Protokolls, erachten wir auch im Falle gewisser geschäftlicher und organisatorischer Befähigungen an sich als ungeeignet zur Führung einer ersten künstlerischen Staatsanstalt, der, neben vielen anderen, die Namen eines Eduard Devrient und Felix Mottl Glanz verliehen haben.

Es ist gewiß nicht die Aufgabe des „Lübderer Volksboten“, sich in einen Streit unter Theaterleuten einzumischen. Wenn aber jutterneidische Intriganten einen ausgezeichneten Künstler, dem unsere Bevölkerung viele gute Genüsse verdankt, gewissermaßen als Schmierentombadanten hinstellen und ihn dadurch seine fernere Laufbahn untergraben wollen, dann haben diejenigen die Pflicht zu sprechen, die Unrecht, wo es sich auch zeigt, verabscheuen. Fuchs ist sicherlich ein Darsteller komischer Charaktere, aber einer, wie man ihn selbst an den größten Bühnen selten findet. Durch seine große Kunst wurden: Molières und Shatepeares Gestalten zu lebendigen Menschen, über deren Schwächen man lächelte, aber die auch eines gewissen tragischen Zuges nicht entbehrten. Wer erinnert sich nicht auch gern an Fuchssens ausgezeichneten Dorflicher Adam im „Zerbrochenen Krug“. Daß nie an seinen Darstellungen etwas gemacht oder gefälscht wurde, daß alles so selbstverständlich und natürlich erschien, war ein Ergebnis reifster, vornehmer Kunst. Wer das weiß und Fuchs dann doch „lediglich als Komiker“ bezeichnet, besitzt entweder kein Urteil in künstlerischen Dingen, oder er handelt unglücklich niedrig, indem er gegen seine bessere Ueberzeugung spricht; und wer Fuchs nicht kennt und ihn doch in der gefangenzeichneten Art herabsetzt, der hat auch keinen Anspruch auf eine andere Bewertung.

Die Regieleistungen Fuchs liegen auf allen Gebieten. Sie erstreckten sich auf das Drama und die Oper und kamen auch der Operette zugute. Regisseur der Pöbel konnte er nur in ganz seltenen Fällen sein, weil die Pöbel zu den Ausnahmeerscheinungen an der Lübderer Bühne gehört. Die Bezeichnung des Lübderer Stadttheaters als mittlerer Geschäftstheaterbetrieb ist ebenso unrichtig wie geschmacklos. Die Stadt Lübeck macht beim Theater ein sehr schlechtes Geschäft, denn sie verliert auf jede Verjüngung der 1/2 Millionen, die Gebäude und Fundus kosteten, und opfert alljährlich sehr ansehnliche Zuschüsse. Sie tut das, weil sie ihr Theater als Kunst- und Bildungsstätte geleitet sehen will. Ungern hat man J. St. Herrn Fuchs von dieser Leitung zurücktreten sehen.

Der Lübderer Direktionsstreik wurde durch den langen Krieg sehr wesentlich erschwert. Dennoch gelang es ihm, die Auführungen auf achtunggebietender Höhe zu halten und einen Spielplan durchzuführen, der denen anderer erster Bühnen nicht nachstand.

Die Heidelberger Jäger haben auf ihrer Karlsruher Fuchsjagd ein verdientes Flasko erlitten. Wie unser Karlsruher Parteiblatt und die übrige Presse der badischen Hauptstadt berichten, haben Theater, Publikum und Presse einmütig Stellung gegen die Intriganten Dr. Stahl und Goldschmidt aus Heidelberg genommen, als sie in Karlsruhe für ihre Zwecke einen Theaterkulturverband gründen wollten. Man ließ sie überhaupt nicht zu Wort kommen und verurteilte ihr Vorgehen rückhaltlos. Mit allen gegen 4 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der das Vorgehen der Heidelberger gegen Fuchs nachdrücklich gemißbilligt und ihre Einmischung in die Tätigkeit des Intendanten Fuchs auf das Entschiedenste zurückgewiesen wird. Sehr lebhaft haben auch die Künstler des Mannheimer National-Theaters für Fuchs Partei ergriffen. Sie drohten damit, nicht weiter spielen zu wollen, wenn nicht Dr. Stahl, der als Kritiker der Landeszeitung anwesend war, das Haus verlasse. Als Grund wurde die Stellungnahme Stahls gegen die Berufung des früheren Theaterdirektors in Lübeck, Stanislaus Fuchs, an das Karlsruher Landes-theater angegeben. Zwei Tage darauf veröffentlichte der Dri-verband der Bühnengenossenschaft in der Zeitung eine Erklärung, wonach seine Mitglieder Dr. Stahl nicht als Beurteiler ihrer Leistungen anerkennen, bis er einwandfrei die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen widerlegt habe. Die Redaktion der Zeitung machte den Versuch, durch Verhandlungen mit der Bühnengenossenschaft klarzustellen, welcher Art diese Anschuldigungen sind. Die Verhandlungen wurden jedoch, bevor eine völlige Klärung möglich war, von der Bühnengenossenschaft abgebrochen; weitere Besprechungen wurden abgelehnt.

Am Theater gehören Intrigen aller Art zu den alltäglichen Erscheinungen. Sie haben aber auch schon mancherlei üble Folgen gehabt. In dem vorliegenden Falle ist verurteilt worden, einen Mann, der die Befähigung und den Willen hat, ernste Theaterkulturarbeit zu leisten, daran unter Anwendung der schäblichsten Mittel zu hindern. Besonders bedenklich muß es aber, wie schon vorher gesagt, stimmen, daß angelegliche Förderer der Theaterkultur die Treiber dabei sind.

Ueber die Auswanderung.

Da der Friedensvertrag uns die Möglichkeit zum schnellen Wiederaufbau nimmt, wird es lange dauern, bis wir alle Qualen überwunden haben, die ein wirtschaftlich zusammengebrochenes Volk erdulden muß. Zu den schlimmsten gehört, daß viele unserer Volksgenossen, die den Glauben an eine günstige Entwicklung Deutschlands verloren haben, ins Ausland gehen, wo sie nicht nur den Verlust der Heimat zu ertragen, sondern auch schwere Gefahren meist schmerzlos zu bestehen haben.

Der Arbeitsmarkt für Männer hat sich erheblich gebessert, der für Frauen nicht. Selbst die Frauen, die sich in stiller Stellung befinden, haben stets zu befürchten, daß sie arbeitslosen Männern Platz machen müssen. Die Cheausblicke sind durch den Kriegsausgang vermindert. Die ledigen Frauen werden also am ehesten zur Auswanderung neigen. Sie aber sind gerade von besonderer Gefahr bedroht, denn wenn auch sonst die Deutschen unerbetene Gäste in den überseeischen Ländern sind, dem Mädchenhandel sind die deutschen Frauen willkommen. Unsere kurze Warnung kann denjenigen gelten, die in Gefahr sind, ahnungslos diesem Schicksal entgegenzugehen.

Die Mädchenhändler treten mit Lockenden Angeboten und Vorstellungen an Frauen und Mädchen heran. Ein günstiger Vertrag wird abgeschlossen und die Ueberseereise angetreten. Erweist sich der Vertrag als Täuschung und finden die Auswandererinnen, die die Verhältnisse des fremden Landes nicht kennen, statt eines guten Hauses, in dem sie Erzieherin, Hausan-

Darüber hinaus ist ihre Erklärung aber ein so wichtiges Bekenntnis zum Deutschtum — Genosin Oda Döberg ist Deutsche und stammt, wenn wir augenblicklich nicht irren, aus Leipzig — daß wir es unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Genosin Oda Döberg bemerkt: „Mit dem heutigen Tage nehme ich meine Tätigkeit als Berichterstatter des „Vorwärts“ aus Italien wieder auf. Indem ich dies tun, trete ich in die Reihen der Mehrheitspartei. Wenn ich mich untereingebe, aus der Ferne eine derartige Entscheidung zu treffen, nachdem ich fünf Jahre lang nichts über meine Heimat erfahren habe, das nicht durch Haß oder Intereissen verzerrt und entstellt gewesen wäre, so bin ich mir wohl bewußt, nicht auf Grund genauer Sachkenntnis zu handeln und nicht das Fazit programmatischer Ermüdigungen zu ziehen. Meiner Entscheidung liegt jedes Aburteilen fern. Ich will mit ihr nicht einmal sagen, daß ich mich, wenn ich den Krieg in Deutschland hätte durchziehen dürfen, zur Mehrheitspartei geschickt hätte. Das weiß ich nicht. Der Krieg hat gezeigt, wie unendlich wenig wir von uns selber wissen. Das eine aber weiß ich, weiß ich es als unumkehrbar trübende Gewißheit in schweren Jahren erlebt habe, daß das Gefühl der Zugehörigkeit zu meinem eigenen Lande und zum eigenen Volke zu mir gehört als ein untrennbarer Teil meiner Persönlichkeit. Daß das Vaterland in Not jedes Gefühl internationaler Gemeinschaft in schmerzhaften Feinde rückt, wie ich auch heute fühle und weiß, daß jede Kränkung, Beleidigung und Beeinträchtigung eines Volkes kein nationales Gefühl steigern muß bis zum Fanatismus und daß sich eine wirklich in den Herzen wurzelnde internationale Gemeinschaft nur auf dem Versehen und Mäßen jeder Nationalität bilden kann, nie aber ausgehen kann vom Nichtersehen und Nichtachten des eigenen Volkstums. Ich spreche niemand, am wenigsten meinen Freunden vom früheren linken Flügel der Partei, den guten Willen und die lautersten Absichten ab, aber vergessen kann ich nicht, daß unseres Volkes Feinde die Worte und Taten der Unabhängigen gegen Deutschland gewendet haben in unserem Lande schwersten Stunden. Ich achte den, der an das Ideal des Internationalismus glaubt, und es höher stellt als die Liebe zum eigenen Lande, aber ich fühle nicht mit ihm. Wer den Krieg in der Fremde durchlebt hat, wo Haß und Geißel und Lüge tagtäglich den Namen unseres Volkes in den Rot jog, für den hat das Wort Vaterland und Heimat einen besonderen Klang bekommen. Und wer als Sozialist empfindet, daß ihm Heimatboden heiliger Boden ist, wer die Vaterlandsliebe des Ausländers aus der eigenen Vaterlandsliebe heraus zu achten und zu verstehen sucht, dessen Blick ist — soweit ich deutsche Verhältnisse aus der Ferne beurteilen kann — in den Reihen der Mehrheitspartei, in Erwartung jener Zeiten, wo es in der deutschen Sozialdemokratie kein Hüben und Drüben mehr gibt!“

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Ein neuer Reichstaxi für die Arbeiterkassen in der Süßwaren- und Teigwarenindustrie. Der Deutsche Arbeitgeberbund für die Schokoladen- und Zuckwarenindustrie und die verwandten Betriebe hat nach langem Sträuben den Schiedsgericht anerkannt, den des Reichsarbeitsamts am 26. September in bezug auf die Lohnverhältnisse in der genannten Industrie gefaßt hat. Damit sollen für die nächste Zukunft, bis zum 1. Oktober 1920, die Grundlöhne festgelegt sein, nach denen die Süßwarenarbeiter usw. zu bezahlen sind. Das Schiedsgericht hat aber nur über die Grundlöhne befunden, von einer Neuregelung der Ortszuschläge jedoch abgesehen. Gefordert war, daß diese Ortszuschläge bis zu 30 Proz. auf den Grundlohn steigen sollten, statt wie bisher nur bis zu 20 Proz. Der Arbeiterkassen in den Großstädten ist also nicht so entgegengekommen worden wie es notwendig gewesen wäre, wenn unter den heutigen Verhältnissen auf längere Zeit weitere Forderungen unerheblich sollten. Trotzdem ist es Tatsache, daß der neue Tarif hinsichtlich der Löhne ein gutes Stück nach oben bewegt hat. Nicht beklagt wurde leider das Abfordern; auch eine geforderte Verkürzung der Arbeitszeit in der Weise, daß in letztere kurze Pausen — ohne Lohnabzug — mit eingerechnet werden sollten, wurde abgelehnt. Erreicht ist es dagegen, daß der Tarif den Grundlohn noch um 1 Mk. täglich für solche Arbeiter und Arbeiterinnen steigen läßt, die eine geistig verantwortliche oder körperlich anstrengende Arbeit leisten müssen, also Maschinenvorarbeiter und dergleichen. Die neuen Lohnfestsetzungen gelten nurmehr auch für die gesamte oben genannte Industrie einheitlich; bisher hatten die Süßwaren- und Teigwarenbetriebe unterschiedliche Löhne. Die Grundlöhne (welche übrigens auch bei allen Abforderarbeiten zusätzlich 10 Proz. garantiert sind) betragen jetzt:

Table with 3 columns: Job title, Experience, Salary. Includes categories like 'Für gelernte Facharbeiter', 'Hilfsarbeiter', 'Arbeiterinnen'.

Diese Sätze sind ab 1. Oktober zu zahlen, und es liegt nunmehr an der Arbeiterkassen, die Durchführung des unter so schweren Umständen zustande gekommenen Tarifs im ganzen Reiche zu übermachen und noch viel mehr als bisher für die restlose Erfüllung der Kollegenschaft im Zentralverband der Bäcker und Konditoren zu wirken. Das ist um so mehr notwendig, als es das Bestreben der Unternehmer ist, sich gegen die geschlossene Macht des Zentralverbandes ein Gegengewicht in dem „Christlichen Nahrungsmittelverbande“ dienbar zu machen.

Argentinische Gewerkschaften. Dem Argentinischen Gewerkschaftsbund sind zurzeit 70 000 Mitglieder angeschlossen.

Beschlüsse des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Vom 2. bis 4. Oktober hat in Amsterdam eine Sitzung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Bezüglich der Zulassung der deutschen und österreichischen Vertreter zur Washingtoner Konferenz hat sich das Bureau auf den Standpunkt gestellt, daß die getroffene Regelung, daß die betreffenden Delegierten nicht direkt eingeladen werden, sondern daß ihnen freigestellt wird, nach Amerika zu kommen, um von der Konferenz selbst zu erfahren, ob sie zugelassen werden, nur eine Formel sei. Man glaubte daher die Bedingungen des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskongresses erfüllt und hat die dem Internationalen Bund angeschlossen Gewerkschaften aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

Der neue wurde beschlossen, in Washington ein Bureau einzurichten und die Arbeitervertreter und ihre Berater vor Zusammentritt der Konferenz zu einer Besprechung zusammenzubringen. Für die Zwecke des Amsterdamer Bureau soll ein Hans angekauft werden. Vom 1. Januar ab soll ein Bulletin in französischer, englischer, deutscher und spanischer Sprache herausgegeben werden; für später wurde in Aussicht genommen, noch eine skandinavische Sprache und die italienische hinzuzunehmen.

Das Bureau wird monatlich zusammenzutreten; die erste Zusammenkunft des Bureau soll im März 1920 stattfinden. Wegen des Standes der Sozialisierung in den einzelnen Ländern sollen den Landeszentralen Fragebogen zugehen. Betreffend eine Untersuchung der Verhältnisse in Russland wurden Schritte eingeleitet; auch soll versucht werden, eine Besserung der Lage der Gewerkschaften in den Balkanstaaten herbeizuführen.

An die französische Regierung und den Obersten Rat der Entente soll wegen schlechter Heimkehr der Kriegsgesangenen herangezogen werden.

Die Argentinischen Gewerkschaften wurden in den Internationalen Bund aufgenommen; die beiden amnestierten Vertreter Argentinens wurden ersucht, auf den Einfluß der Gewerkschaften der übrigen Länder Südamerikas hinzuwirken. Die nächste Sitzung soll am 11. Dezember stattfinden.

die Wahl von 10 Kandidaten, die der Opposition angehören und die höchsten Stimmen erhielten, wegen unzulässiger Wahlbeeinflussung für ungültig erklärt und die nächsten 10 Kandidaten als gewählt bezeichnet. Die Mandatsprüfungskommission beantragte, die Mandate dieser 10 Delegierten für ungültig und die 10 Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl als gewählt zu erklären. Das Vorstandsmitglied Reichel erklärte, daß der Vorstand der Entscheidung des Wahlkomitees beigetreten sei. Er habe dies tun müssen auf Grund des Wahlreglements. In anderen Fällen, wie in Magdeburg, habe der Vorstand ebenso gehandelt. Der Vorstand habe objektiv und gewissenhaft geprüft und sich nicht von Rücksichten auf eine der Richtungen leiten lassen.

Nach längerer Erörterung wird die Diskussion auf Antrag der Mehrheit geschlossen.

Hans (Köln) beantragte namens seiner Freunde uamentliche Wahlmünzung. Wenn dem Vorschlag der Kommission entprochen würde, dann bedeute dies einen flagranten Rechtsbruch. Bis jetzt hätten alle Generalversammlungen im letztgenannten Sinne entschieden.

Mit 186 gegen 142 Stimmen nimmt der Verbandstag den Antrag der Kommission an und beschließt, die Ungültigkeit der 10 Dresdener Mandate und die Berufung der anderen Dresdener Vertreter, die der Opposition angehören.

Hans beantragt hierauf Vertagung der Verhandlungen bis morgen, damit seine Freunde zu der neu geschaffenen Situation Stellung nehmen können. Dagegen wenden sich Vertreter der Mehrheit. Es sei notwendig, heute noch zu dem Berliner Streik Stellung zu nehmen. Hans erklärte hierauf seine Zustimmung, daß sofort der Berliner Streik verhandelt wird. Müller (Bremen) beantragt dieses. Dikmann will zuerst Burenauahl, zieht aber später seinen Widerspruch zurück.

Es wird einstimmig beschlossen, den Bericht der Mandatsprüfungskommission abzubrechen und den Berliner Streik zu behandeln. Ein längerer Bericht über den Berliner Streik gibt dann Rufsch (Berlin).

In seinem Bericht über den Berliner Streik schildert Rufsch (Berlin) eingehend die Vorgänge, die zum Berliner Streik führten, wobei er weit ausschalt. Der Ausgangspunkt der Differenzen wäre die Tageung der 22 Vertrauensleute beim Siemenswerkern. Die Unternehmer hätten ihre Versprechen nicht eingehalten und brüden auf den Lohn. Ihr Vorgehen stände im Widerspruch zu dem Schiedsgericht vom August. Das Reichsarbeitsamt hätte wenig Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Arbeiter gezeigt. Als der Berliner Polizeipräsident am 2. Oktober die angelegten 30 Versammlungen verboten habe, habe man sich an den Reichsarbeitsminister Schilde gewandt, um die gewerkschaftliche Versammlungsfreiheit zu schützen. Schilde habe jedoch nur zögernd und verspätet sich bereit erklärt, zu vermitteln. Die Folge davon sei, daß 26 Versammlungsleiter verhaftet und Arbeiterblut geflossen sei. Die Verantwortung dafür trage Schilde. Auch die Eisenbahndirektion habe zugunsten der Unternehmer eingegriffen und die Güter der bestreikten Firmen durch Eisenbahner ausladen lassen. Der Redner erhebt dann weitere heftige Angriffe gegen Schilde wegen seines Artikels im „Firn“. Die dortigen Darstellungen Schildes seien unrichtig; er habe sich damit an der Heze gegen die Arbeiter beteiligt. Der Grund des Verbots der „Freiheit“ sei nicht der, den das Oberkommando bekannt gemacht habe, sondern das Verbot richtete sich gegen die streikenden Metallarbeiter. Die Heze habe man treffen wollen. In dem Reichsarbeitsminister liege es nun, auf die Arbeitgeber einzuwirken, damit diese nachgeben, sonst werde sich die Lage noch wesentlich verschärfen. — Redner unterbreitete eine längere Entschädigung, in der die Generalversammlung den Streikenden ihre Sympathie ausdrückt und erklärt, alles zu tun, um den Kampf zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Die Streikunterstützung soll erhöht und der erhöhte Satz den Streikenden sofort gewährt werden.

Schilde erklärte, daß es ihm heute, da das Tagungstotal jetzt geräumt werden müsse, nicht möglich sei, alle Unrichtigkeiten Rufschs richtig zu stellen. Er stelle fest, daß er alles versucht habe, das Verbot der Versammlung zur Aufhebung zu bringen. Den Polizeipräsidenten hätte er am Abend nicht mehr erreichen können. In der Sache selbst würden sich die Anschauungen trennen. Er sei der Auffassung, daß man ruhig hätte abwarten können, bis die Unternehmer der ersten Angriff gemacht hätten. Den Schiedsgericht vom 1. August betrachte er als einen Vertrag. Da er die beiden Parteien einander näher bringen wollte, hätte er nicht mit der Faust auf den Tisch schlagen können.

Die Verhandlungen werden hierauf abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

Kr. Stuttgart, 15. Oktober.

Dritter Verhandlungstag.

Ueber den Berliner Streik

berichtet sich heute weiter

Reichsarbeitsminister Schilde. Er ging ausführlich auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ein. Gegenüber dem Verlangen der Berliner Kollegen, den Schiedsgericht als nicht zureichend zu bezeichnen, legte Redner: Schlichtungsausschüsse einseitig endgültig; eine Revision von deren Entscheidungen gibt es nicht. Das Reichsarbeitsamt hat dem Schlichtungsausschuss mitgeteilt, daß er nicht berechtigt ist, Strafen zu verhängen; es konnte aber den Schiedsgericht selbst nicht aufheben. Unsere Meinung geht weit auseinander. Ich bin Anhänger von Tarifverträgen und war schon immer der Ansicht, daß solche Verträge auch gehalten werden müssen. Ein anerkannter Schiedsgericht hat die Bedeutung einer Vereinbarung. Auf diesen Boden habe ich mich gestellt, und dies ist das ganze Verbrechen, das ich begangen habe. Bei den Ausschüssen auf beiden Seiten ist der Boden für eine Einigung außerordentlich feucht. Man hätte ruhig die Verhandlungen zu Ende führen können und dann keine Maßnahmen treffen sollen. Die Arbeiter erwidern in dem Schiedsgericht, der ihren Wünschen nicht gerecht wird, das Bestreben der Schlichtung, des Lohnabstimmens und beider dann die Verhandlungen abgebrochen. Sie haben aber diese nicht nur abgebrochen, sondern haben sofort ein Ultimatum an die Arbeitgeber gestellt. Das war nach meiner Ansicht ein tatsächlicher Fehler. Es wurde von mir verlangt, einen unparteiischen Schiedsrichter zu ernennen. Und worin schlugen die Berliner Kollegen eine Besetzung anderer Verhandlung vor. Das konnte ich nicht, da unser Verband Partei in der Sache ist. (Widerstand.) Auf Vorhalt des Reichsarbeitsamts habe ich dann einen Ingenieur als Schiedsrichter bestimmt. Ich muß mit aller Entschiedenheit betonen, daß ich die Ansicht gehabt hätte, eine Person mit den Verhandlungen zu beauftragen, die voreingenommen gegen eine Partei war. Genau so wie die Kollegen mit dem Schiedsgericht verfahren haben, habe es auch die Arbeitgeber. Was ich im „Firn“ geschrieben habe, habe ich in vollem Umfange anrecht. Der Streik ist in der denkbar ungünstigsten Zeit begonnen worden. Ehe ich zu dem Streik Stellung nehmen konnte, haben die Berliner Kollegen mit einer bestimmten Meinung unterbrochen. Die Berliner Kollegen haben einen Prügellügen; das soll der Verhandlungsbegriff sein. Ich weiß nicht, wo das heraus soll. Vielleicht will man mir ein Ministeramt anstellen und mich als Vorstehender bezeichnen. So leicht geht dies nicht. Ich habe die Arbeit gemacht, Schluß zu machen. Wenn die Dinge aber so liegen, dann lasse ich es darauf ankommen.

Auf Antrag Hans werden die weiteren Verhandlungen über den Berliner Streik in geschlossener Sitzung vorgenommen, da teilweise Fragen zu erörtern sind. Heute nachmittags macht der Verbandstag einen Ausflug in das Remstal.

Aus dem Parteileben.

Ein Bekanntes. Genosin Oda Döberg, die langjährige Korrespondentin des „Vorwärts“, hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. In erster Linie beschäftigt sich mit dem italienischen Parteileben. Der Artikel beschäftigt sich mit dem italienischen Parteileben. In der letzten Zeit hat sie an die Mehrheitspartei erklärt.

gestellte oder Handelsangestellte werden wollten, ein Freudenhaus als Unterkunft vor, dann ist es zu spät, sie vor Entsetzlichkeit zu bewahren. Zu spät ist es aber meistens auch dann schon, wenn die Reise angetreten ist. Wer schlägt heute ein deutsches Mädchen bei der Ankunft in Buenos Ayres z. B., das wieder wie früher der Hauptmarkt des Mädchenhandels in Amerika ist? Deutsche Vertreter, Gesandtschaffter und Konsuln sind nicht da. Die geschlossenen Verträge sind wertlos. Andere Arbeit ist für Deutsche heute im Auslande nicht leicht zu finden. Das Schicksal vieler Mädchen ist furchtbarlich.

Wer sich eine Vorstellung davon macht, dem braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß die Warnung am Platze, und eigentlich jeder zu ihr verpflichtet ist. Besonders junge Mädchen sind geneigt, sich von Angeboten guter Ueberseefeststellungen romantische Vorstellungen zu machen und ihnen zu folgen. Andere, um der Unfähigkeit der Heimat zu entgehen, ohne Ueberlegung. Deshalb geht der Ruf an Eltern, Erziehern, Fortbildungsschulen, Betriebsräte, Berufsorganisationen und andere Vereine, zu warnen. Sagt, daß große Vorsicht geboten ist, und daß die, die Deutschland, das vorkauflich Arbeitswilligen brauchen kann, verlassen wollen, es nur zur dürfen, wenn sie von sachkundiger Stelle, am besten bei den Kunststellen des Reichsaussanderrungsamtes, (Berlin W., Wilhelmstr. 71) festgestellt haben, daß ihnen Gefahren, wie die oben genannten, nicht drohen. Hoffentlich kommt diese Warnung auch deutschen Frauen und Mädchen im neutralen Auslande zu Gesicht, die ihren Aufenthalt dort abbrechen wollen, und die ein besonders beliebtes Opfer der Mädchenhändler sind. Sie finden Rat bei den deutschen Behörden.

Reich und Ausland.

Gold und Silber dem Vaterland! Der Familie von Rhoden auf Schloß Rhoden in Hannover wurde von Eindringern ein Silberhaubt entwendet, der schon im Frieden einen Wert von 150 000 Mark hatte, jetzt also mindestens eine halbe Million wert sein dürfte. — So haben die „Edelsten und Besten der Nation“ ihr Gold und Silber während des Krieges dem Vaterland gegeben.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Gedentag des modernen deutschen Dramas.
(Die Aufführung von Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“, 20. Oktober 1889).

Am 20. Oktober sind 30 Jahre seit jener denkwürdigen Mittagsvorstellung vergangen, in der unser größter lebender Dramatiker Gerhart Hauptmann seine Laufbahn auf der Bühne begann und das naturalistische Drama aus der Taufe gehoben wurde. Zugleich war diese Vorstellung aber auch einer der ärgsten Theaterkandale, die je vorgekommen sind. Während heute dies Ereignisgedrama in seiner Schönheit wie in seiner jugendlichen Unfertigkeit längst in die geschichtliche Entwicklung des Dichters eingereiht ist, wirkte es damals auf die Jugend wie eine revolutionäre Offenbarung, auf das ältere Geschlecht wie der Inbegriff alles Unheimlichen. Die Aufführung des Wertes im Berliner Lustspieltheater, die zweite der vor kurzem begründeten „Freien Bühne“, wurde mit Spannung erwartet, und beide Parteien hatten sich gerüstet. Die Anhänger der neuen Kunst zogen ins Theater wie in eine Schlacht, um mit Händen und Füßen den Sieg zu erkämpfen und zu ertrampeln. Aber auch die Gegner waren kampfbereit, einige sogar im wahren Sinne des Wortes ausgerüstet, nämlich mit sogenannten „Kadauflöten“. Ein großer Teil des Publikums aber strömte herbei, weil er einen Skandal erwartete, und dieser sollte besonders auf seine Kosten kommen. „Die Spannung entlud sich“, so bezeugt Richard Dehmel, der auch an der Aufführung teilnahm, „in einer Weise, die in den Annalen selbst der radauflößigsten Berliner Vorstadtschmierereien nicht ihresgleichen finden dürfte.“ Der erste Akt ging friedlich vorüber, aber dann jubelten die Jungen den Dichter so oft hervor, daß der Widerspruch der Gegner laut wurde. „Und nun“, erzählt Walbert von Harnstein in seiner Geschichte des jüngsten Deutschland, „gab sich Alt und Jung und Rechts und Links dem jugendhaften Vergnügen hin, mit Kadauflöten und Stiefelabfällen den neuen Mann zu empfangen, wenn er auf der Bühne erschien. Von Akt zu Akt wuchs der Lärm. Schließlich lachte und jubelte, höhnte und trampelte man mitten in die Unterhaltung der Schauspieler hinein. Eine Dase bildete nur die wunderbare Liebeszene im vierten Akt, von deren „übermächtiger Einfachheit“ selbst die Gegner bezwungen wurden. Aber dann kam die Stelle, wo auf der Bühne nach der Hebamme gerufen wird, und da ging für eine Zeitlang die Dichtung überhaupt in einem ungeheuren Standal unter. Ein bekannter Arzt und Journalist, Dr. Kasten, der zu diesem Zweck eigens eine Geburtskarte mitgebracht hatte, warf das Instrument auf die Bühne. „Aufsender Tumult erhob sich. Einige wollten ihn aus dem Theater werfen, andere traten für ihn ein. Man spielte das Stück mühsam bis zu Ende, lachte den Helden des Dramas aus und jubelte doch wieder den Verfasser hervor — um dann zu sitzen.“ Allerdings bereitete das Erscheinen dieses jungen Dichters vielen eine Enttäuschung. Man hatte, wie Fontane in seiner Kritik erzählt, einen härtigen, gebrauchten, breitschultrigen Mann mit Schlapphut und Jägerhemd erwartet. Statt dessen erschien „ein schlank aufgeschlossener, junger, blonder Herr von untadelbarem Rockschnitt und untadelhaften Manieren und neigte sich mit einer graziosen Anpruchslosigkeit, der wohl auch die meisten seiner Gegner nicht widerstanden haben. Einige freilich“, so schloß Fontane, „werden aus dieser Erscheinung, indem sie sie für höllische Täuschung ausgeben, neue Waffen gegen ihn entnehmen und sich gern entsinnen, daß der verstorbenen Medizinalrat Casper sein berühmtes Buch über seine gerichtlichen Erfahrungen mit den Worten anfangt: „Meine Mörder haben alle aus wie junge Mädchen.“ Jedenfalls konnte diese angenehme Erscheinung dem jungen Poeten bei der Kritik nicht viel helfen, und mit Ausnahme weniger, die für ihn eintraten, wurde er allgemein als der „Dramatiker des Nihilismus“, das „Talent in unsauberer Verpackung“, der „unästhetische Bühnenchriftsteller des Jahrhunderts“ beurteilt.

Theater und Musik.

„Die Walküre“ von Richard Wagner. In keinem der vier Musikdramen, die der „Ring des Nibelungen“ umfaßt, fließt der dramatische Strom so lebendig wie in der „Walküre“. Das erklärt es denn auch, weshalb gerade sie sich einer so großen Wertung erfreut, ganz abgesehen von ihren sonstigen starken musikalischen Eigenschaften. Wohl gibt es manch einen stiftlichen Ganakaus, der sich mit Grauen von dieser Verherrlichung der Götterwelt abwendet, aber uns andern ist dafür dieses Liebeslied mit seiner reinen Keuschheit und unendlichen Süße am liebsten ans Herz gewachsen. Erfreulicherweise brachte die Wiedergabe am Freitag mehr, als der Theaterzettel versprach; denn auf diesem hatte man sich einer groben Verkündigung gegen den Geist Richard Wagners schuldig gemacht. Man kündigte die „Walküre“ als „große Oper“ an, vergaß also ganz und gar, daß es gerade Richard Wagner gewesen ist, der die „große Oper“ Meyerbeers und anderer in Wort und Tat totgeschlagen hat. Herr Direktor Paul von Bognard hatte das Musikdrama selbst in Szene gesetzt. Da das Bühnenbild der „Walküre“ feststeht, gab es keinerlei Ueberraschung. Die musikalische Leitung lag Karl Mannsiedt ob, der mit seinem Stäbchen alle Schönheiten der Partitur hervorkehrte und dabei vom Orchester die denkbar wirksamste Unterstützung erhielt. Den Siegmund sang Ewald Waher. Er gab den Wälschen mit tiefer Eindringlichkeit und dramatischer Befassung. Sein Tenor strahlte in allen Farben. In Hilde von Alpenburg-Geberach als Sieglinde war ihm eine liebliche Gefährtin beigegeben, die dieses Siegmund durchaus würdig war. Das berühmte Liebeslied „Wintertürme wähen dem Bonnemond“ sangen beide preislich und mit all der holdseligen Süßigkeit, die das wunderbare liebliche große Duett verlangt. Maria Günzel-Dworski war eine ebenso ansprechende wie wirkungsvolle Brünnhilde. Sie stattete die Schlömmal mit allem Zauber aus, der der Gestalt eigen ist. Die Todesverkündigung war ein Haupttreffer. Hunding war Josef Kimmendorff, hüster, ganz Pflichtmensch, der nur das eine Ziel kennt, an Wehmut-Siegmund das vergessene Blut seiner Sinne zu rächen. Auch gelanglich blieb er nichts schuldig. Den Wotan stattete Helmut Seiler mit allen Eigenschaften aus, die den Göttervater und Pantoffelhelden zu einer ansprechenden Gestalt machten. Gut gelang ihm die Erzählung der Geschichte des Ringes. Recht sympathisch war Ruth Wolfenbar als Fricka. Die Räfte im Hause ließ den Beifall mit einfrizieren; erst am Schluß taute das Publikum etwas auf und ging mehr aus sich heraus, um für die gute Gabe dankend zu quittieren.

Burmeister-Konzert. Im Kolosseum veranstaltete Freitagabend der Weltruhm genießende Geiger Wilh. Burmeister ein Konzert, das sich eines sehr starken Erfolgs erfreute. Die vor einigen Tagen in der hiesigen bürgerlichen Presse erschienenen Artikel, in denen Burmeister vorgeworfen wurde, er hätte während des Krieges gegen Deutschland Stellung genommen, weil er nicht immer in das Horn der Allduldsen blies, haben ihm demnach nicht nur nicht geschadet, sondern vielmehr als Reklame gewirkt. Aber Burmeister bedarf solcher Reklame nicht; seine hohe Kunst spricht genügend für ihn. Sein geistreiches Programm eröffnete er mit Beethoven's 4. S-dur-Sonate für Vi. line und Klavier. An dessen meistlicher Wiedergabe neben Burmeister auch sein „Klugeladjutant“ Emerich Kris — wie ersterer ihn bezeichnete, als er zum Bedauern des Publikums mitteilte, daß Kris insofern Handverletzt auf seine Soli verzichten müsse — als Pianist hervorragenden Anteil hatte. In Wagners D-dur-Konzert für Violine setzte die blendende Technik Burmeisters Triumph. Ein brillanter Feuerwerk schwer wirkungsvoller Kompositionen, oft entzückend sacht und düftig, oft schmerzhaft süß im Ton, rhythmisch reizvoll, wurde im zweiten Teil des Programms, der mit Wieniawski's „Kantate“ schloß, abgebrannt. Begleiteter Beifall nötigte Burmeister mehrere Zugaben ab.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Offener Brief vom Drägerwerk an die entlassenen Kollegen.
Auf die von den Entlassenen gebrachte Erwiderung sehen wir uns veranlaßt, folgende Antwort zu geben:
Nachdem wir davon Abstand genommen hatten, eine Erwiderung zu der Notiz vom Drägerwerk am 10. Oktober zu geben, rühten wir sagen, daß es uns gefreut hat, als wir Eure Erwiderung in den Zeitungen gelesen haben. Es ist richtig, wenn Ihr sagt, daß nur die Hälfte von der vor dem Kriege beschäftigten Anzahl dort geblieben ist, und daß Entlassungen von Kollegen vorgenommen wurden, die 8 bis 23 Jahre im Betrieb beschäftigt waren. Als die erste Liste 56 Namen der im Betrieb zu behaltenden Kollegen aufzuweisen hatte, ist es uns noch möglich gewesen, weitere 43 Kollegen zu halten. Aber von diesen Kollegen haben trotzdem einige noch aufgehoben, weil sie sich von dem Aufbau des Wertes keinen Erfolg versprochen. Die Einstellungen sollen mit uns zusammen vorgenommen werden, insofern haben wir bisher noch keine Nachricht darüber erhalten, wen die Firma gedenkt, einzustellen. Sind trotzdem Karren an einige Kollegen geschrieben worden, daß sie wieder anfangen sollen, so bedeutet das eine glatte Uebergehung des Arbeiterausschusses. Was die Fabrikordnung anbetrifft, so können wir mitteilen, daß dieselbe von dem Sitzingen in der Besprechung revidiert werden soll. Darüber ist sich aber auch die Kollegenschaft klar, daß Verschlechterungen in keinem Fall geduldet werden — letzten Endes ist auch noch der Weg an die Öffentlichkeit offen.
Mit kollegialem Gruß
Der Arbeiterausschuß.

Zu den Forderungen der Arbeiter des Hohenwerkes.
Wie aus der Tagespresse hervorgeht, sind die Arbeiter des Hohenwerkes mit einer abermaligen, ganz bedeutenden Lohnforderung an die Direktion des Wertes herangetreten. Der

Schlichtungsausschuß hat die Forderung abgelehnt. Laut von der Zeitung des Wertes bekannt gegebener Aufstellung beträgt der Durchschnittslohn inkl. billiger Kostleistung zurzeit über 140 Mark pro Woche. Da sei doch einmal die Frage aufgeworfen: Welche Kategorie von Arbeitern in Lübeck kann sich rühmen einen solchen Lohn zu beziehen? Es ist ferner auch Tatsache, daß die Arbeiter des Hohenwerkes während des Krieges mit zu den besten bezahlten, welche sowohl hinsichtlich der Bezahlung wie auch besserer Versorgung von Lebensmitteln mit in erster Linie standen. Es ist ferner nicht zu verkennen, daß die Arbeiter des Hohenwerkes sich zu einem hohen Prozentsatz aus ungelerten Leuten zusammensetzen. Demgegenüber möchte ich hervorheben, daß es eine ganze Reihe von Gewerben gibt, in denen von den Arbeitern an Können und Wissen weit mehr verlangt wird, die aber im Lohn tief unter dem der der Hohenarbeiter stehen.

Nun soll hiermit nicht gesagt sein, daß dem Arbeiter ein auskömmlicher Lohn nicht zu gönnen ist. Im Gegenteil: die wirtschaftliche Lage ist eine derartige, daß heute der Arbeiter trotz seines „hohen“ Lohnes, von dem zurzeit in gewissen Kreisen mit einer besondern Vorliebe geredet wird, schlechter gestellt ist, als früher. Aber auf der heutigen Grundlage kommen wir nicht weiter. Jede Lohnzulage hat wiederum eine Verteuerung der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge, und das führt über kurz oder lang zum völligen Zusammenbruch.

Was uns alle in diesem Chaos retten kann, ist, daß in erster Linie mit allen Kräften dahin gearbeitet wird, die gesamte wirtschaftliche Lage einer gründlichen Revision zu unterziehen. Das kann nur gelingen durch intensives Zusammenwirken von Regierten und Regierung. Es müßten zunächst erst einmal die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse auf gelichtem Wege einem gründlichen Abba u unterzogen werden, dem dann nach gleich die Entlung des Lohnes zu folgen hätte, nicht, wie es bisher üblich war, in ungezügelter Reigenfolge, wie man das ungerechtfertigterweise in gewissen Kreisen gern möchte. Um zu einigermaßen erträglichen Zuständen zu gelangen, hätte ich nichts gegen die Einführung des Arbeitszwanges einzuwenden, wenn — derselbe auch auf solche Persönlichkeiten ausgedehnt würde, die infolge ihres Besitzes in ihrem Leben überhaupt noch keine positive Arbeit geleistet haben, vorausgesetzt, daß sie arbeitsfähig (d. h. körperlich) sind, denn es wird doch gesagt, daß Arbeit adelt, um so mehr, als es Leute bei jeder Gelegenheit heißt: „Nur die Arbeit kann uns retten!“ Da sollen also alle Klassen ohne Unterschied, gleichmäßig an einem Strange ziehen. Nicht jenen alle in, die gezwungen sind, sich durch ihrer Hände Arbeit den Lebensunterhalt zu erwerben, soll jener Appell gelten, sondern auch jenen, welche diesen so oft und so gern im Munde führen.

Die Regierung sollte die Initiative hierzu ergreifen. Worauf wartet sie noch? Es gewinnt auch in der Arbeiterkassen die Auffassung immer mehr Raum, daß es so wie bisher nie und nimmer weiter gehen kann, und daß unzureichend etwas Durchgreifendes geschehen muß, um dem Abgrund zu entgehen. Wo sind die führenden Männer, die den besonnenen und vernünftig denkenden Teil des Volkes — und ich bin gewiß, daß es der überwiegende ist — zu einer durchgreifenden Aktion zusammenreißen?

Leider muß man zugeben, daß die Revolution bisher ein ganz kleines Geschlecht fand, und daß dieselbe bisher eine überragende Geistesgröße nicht hervorgebracht hat.

Den Arbeitern des Hohenwerkes aber möchte ich zum Schluß den Rat geben, sich einmal gründlich über die Verhältnisse in anderen Arbeiterkreisen zu unterrichten. Dann werden sie sich überzeugen müssen, daß der weitaus größte Teil der Lübecker Arbeiterkassen wirtschaftlich tief unter ihnen steht.

Wenn Hohenwerksarbeiter glauben, bei jeder Gelegenheit mit Arbeitsniederlegung drohen zu müssen, so mögen sie bedenken, daß ihre Klagenweisen dadurch am schwersten getroffen werden. Sie mögen aber auch bedenken, daß sie damit auf dem besten Wege sind, sich um den letzten Rest von Sympathie, den sie noch in Arbeiterkreisen genießen, zu bringen.

Ein Gewerkschaftler.

Maß sich die Mehrheit der Bevölkerung Lübecks von einer Minderheit vergewaltigen lassen?

Durch den Streik der Hohenwerksarbeiter werden die Arbeiterkassen Lübecks, die kleinen Beamten, Handwerker usw. von neuem in Not und Verlegenheit gestürzt. Der Gasverbrauch Lübecks ist wesentlich auf das Hohenwerk zugeschnitten. Streifen nur die Hohenwerksarbeiter, so treffen sie nicht ihre Direktion oder ihren Aufsichtsrat, sondern gerade die ärmere Bevölkerung aller Schichten. Diese können, wenn der Streik auch einige Tage dauert, kein warmes Mittagessen mehr bekommen, ihre Wohnung nicht ordentlich reinigen, weil sie kein warmes Wasser haben und müssen schließlich noch im Winter sitzen und zur Arbeit gehen; lediglich durch das rücksichtslose Vorgehen der Arbeiter des Hohenwerkes. Dabei betonen die Hohenarbeiter noch jüngst, daß alle ihre Drohungen, das Werk still zu legen, nicht wahr seien und bezichtigten sogar noch Ueberdenkende, wie z. B. den Gen. Dräger, der Unwahrheit. Jetzt aber haben sie ihr wahres Gesicht entpuppt und gezeigt, daß sie Eigenbrötler von reinstem Wasser sind. Trotz ihren hohen Löhnen und den 70 Zentnern Kofis, die sie zu ganz billiger Weise bekommen, sind sie in den Streik getreten, um weitere größere Vorteile für sich persönlich herauszuholen. Die Allgemeinheit ist ihnen ganz gleichgültig; sie pfeifen auf das Wohlergehen ihrer Mitbürger. Wir erwidern es nur verwerdlich, daß die übrige Arbeiterkassen Lübecks diesen Terror so ruhig hinnimmt. Schließlich möchte ich noch meiner allergrößten Bewunderung darüber Ausdruck geben, daß die mehrheitssozialistischen Arbeiter des Hohenwerkes das alles mitmachen. Die Kohlen- und Beleuchtungsnot ist eine so brennende Frage, daß sie sich nicht durch einen Streik einfach erledigen läßt. Die Solidarität aller Arbeiter verlangt, daß der Grundlag beachtet wird: Einer für alle und alle für einen.“ Die Arbeiter des Hohenwerkes treten aber nicht für alle ein, sondern nur für sich. Das Gemeinwohl lassen sie ganz außer Betracht.
Ein Arbeiter.

Weitere erfahrene
Klempner
und ältere erfahrene
Autogenschweißer
stellen ein
Stanz- u. Emailierwerk
vorm. Carl Thiel & Söhne
Aktiengesellschaft. 8563

über 100 Stk. Iwone
Zettel sind zu den billigsten Tagespreisen zu verkaufen. (8879) J. Kläwer, Schwart. Allee 133.

Zu verk. 1 Ofen, 1 kleiner Sparherd u. 1 Hiegenlampe. Ravensbüch Nr. 75. (8865) Stodtelsdorf.

Zu verk. 1 B. D. -Schürhütchen, Nr. 48. (8865) Steinstraße 7, beim Werten Kobberg.

Ihre Verlobung geben bekannt (8848)

Martha Krüger
Willi Kruschinski
Lübeck. Sonntag, 19. Okt. Schwartauer Allee 157.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu meinem Hochzeitstag herzlichsten Dank. (8854)

G. Hirsch u. Frau.

Allen denen, die uns anlässlich des Todes unserer lieben Mutter
Christine Buck
geb. Keupke
ihre Teilnahme bezeugten, danken herzlich.
Die Kinder.
Ebenamt. 26. 1. (8841)

Zu verk. Kinderbettstelle mit Matratze. (8866) Danziger 160 II. r.

Gartenbude preiswert zu verkaufen. (8859) Gansstraße 117 L.

Maschinenbauer- u. Dreherei
für Maschinenfabrik der sofort gesucht. Schriftliche Angebote unter P 8 an die Expedition d. Bl. (8816)

Ferkel und kleine Züggänger zu verkaufen.
H. Stapelfeldt,
8888) Krempeled. Allee 10.

1 Zuchtband und weiße Kacheln zu kaufen gesucht. Angeb. m. Nr. u. S 6 a. d. exp. d. Bl. (8857)

Wetoren Schlüsselbund u. 6 Schlüssel. (8855) Rosa. Stamer. Dürst. 71.

Kanar.-Lager. Gr. Ausw. m. hervorrag. tief. Gefangst. u. v. w. Dg. dort. J. Tag. u. L. Gg. 8 Tag. Nr. Waldvögel fittig. v. 4 M. an. (8851) Alk. Kargo. Dürst. 72.

Dr. Rudolphy
von der Reise zurück
Sonntags nachmittags keine Sprechstunde. (8850)

Dr. A. Olt
Spezialarzt f. Lungenleiden zurückgekehrt. (8859) u. c. 31. Sonntagabend (8866) Dr. Escanburg. Dürst. 33. Dr. Schuhr. Schwart. Allee 47.

Zahn-Praxis (8898)
WILLY KOCH
Lübeck, Holstenstr. 21, 1.

Vergrößerungen
als Weihnachtsgeschenk. pass. erb. rechnerisch zu verstellen. **Ateiler Lübeck.**
Süde Straße 13 (8847)

Ad. Köhner, Uhrmach. u. Goldarbeit. Fünfhausen 13. Sg. Reparaturwerkstatt. 8884

Möbel
Polsterwaren auf 8876
Teilzahlung und gegenbar.
Kesten,
Holstenstr. 17, I.

Beflügelte Fremde lesen die Geflügel-Welt, 230 (8850) Probe-Nr. u. Bücher gratis

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Die neuen Postgebühren
(Gültig ab 1. Oktober 1919)
Preis 25 Pig.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.

Möbel
Salzstimmer
Bogazimmer
Neben-Einrichtungen
sowie famli. Einzel-Möbel
zu bekannt billigen Preisen.
Bereinigtes Möbelfabrikanten,
73 Königstraße 73.
Serrur. 641. (8886)

Ausdehnung der Gasheizzeiten.

Aus Anlaß des Streiks auf dem Hochöfenwerk und der dadurch ausfallenden Kohlgaslieferung an die Lübecker Gaswerke verordnet das Polizeiamt in Uebereinstimmung mit der Betriebsbehörde folgendes:

Gas wird nur noch unter vermindertem Druck und nur in der Zeit

1. von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr morgens
2. " 11 " 1 " mittags
3. " 3 " 4 " nachm. u.
4. " 6 " 9 1/2 " abends

abgegeben.

Sollten die Verhältnisse eine weitere Einschränkung erfordern, so würde die Gasabgabe in den unter 2 und 3 bezeichneten Zeiten ganz in Wegfall kommen müssen.

Die Gaslieferung an die Fernorte und die öffentliche Beleuchtung ist ganz eingestellt.

Lübeck, den 17. Oktober 1919.

Das Polizeiamt.

8871

Höchstpreise für Gemüse.

Unter Abänderung der Bekanntmachung vom 3. September 1919 werden für das Lübeckische Staatsgebiet die nachfolgend aufgeführten abgeänderten Groß- u. Kleinhandels-Höchstpreise mit Gültigkeit vom 20. Oktober 1919 ab festgesetzt:

	Gruppe A		Gruppe B	
	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. Rote Möhren und Karotten aller Art einschl. der klein. runden Karotten ohne Kraut*)	11	15	9	12
2. Gelbe Möhren ohne Kraut	9	12	7	10
3. Weiße Möhren ohne Kraut	5	8	4 1/2	7
4. Weißkohl und Spitzkohl	5	8	4 1/2	7
5. Wirsingkohl	17	22	14	18
6. Rotkohl	17	22	14	18
7. Grünkohl (Strünke dürfen nicht länger als 10 cm sein)	13	18	9	15
8. Zwiebeln ohne Sauch**)	28	35	28	35

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe A gelten für die Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebiete, die Groß- und Kleinhandelspreise der Gruppe B für das übrige Staatsgebiet.

Die übrigen am 3. Septbr. 1919 bekanntgegebenen Höchstpreise bleiben bis auf weiteres in Kraft.

Lübeck, den 17. Oktober 1919.

(8869)

Landesstelle für Obst und Gemüse.

*) Der Handel von Möhren und Zwiebeln mit Kraut ist verboten.
**) Der Großhandelspreis für Zwiebeln versteht sich einschließlich Saft.

Ausgabe von ausländischem Kochmehl.

Vom Montag, dem 20. Oktober bis zum Freitag, dem 24. Oktober werden auf Abschnitt A der Brotkarte und auf die für Kinder unter einem Jahr ausgegebene Zusatzkarte wahlweise 250 gr 94%iges Weizenmehl zum Preise von 18 Pfennig oder 250 gr ausländisches Kochmehl zum Preise von 35 Pf. abgegeben.

Ohne Angabe der oben bezeichneten Abschnitte darf Mehl weder abgegeben noch entnommen werden, auch darf auf die in den vorstehenden aufgeführten Abschnitte Mehl nicht mehr abgegeben oder entnommen werden.

Lübeck, den 15. Oktober 1919.

(8845)

Das Landesverorgungsamt.

Warenausgabe

in der Woche vom 20. bis 26. Oktober 1919

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenhefts und die Lebensmittelkarte:

Butter:	Abchnitt 100	50 Gramm Butter zum Preise von 35 Pf.
Speisefett:	100	70 Gramm Margarine zum Preise von 49 Pf.
Zucker:	134-133	125 Gramm Zucker
Warenkarte:	173	1 H-Packung Süßholz 3 Pf. v. 50 Pf. in den am 25. 9. 1918 bekanntgegebenen Geschäften erhältlich.
Mühlenfabrikate:	128	250 Gramm Haferflocken a. Br. v. 1,60 M. für 1 Pf.
Warenkarte:	171	125 Gramm Spalterbier a. Br. von 88 Pf. für 1 Pf.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenhefts und Butter, Speisefett, Zucker und Haferflocken in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte bezeichneten Geschäften entnommen werden. Für auf Warenkarte Abschnitt 171 zur Ausgabe gelangendes 125 Gramm Spalterbier sind in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts für Mühlenfabrikate erfolgt ist.

Auf die Bezugsausweise für Militärverlauber in der Woche vom 20. bis 26. Oktober 1919:

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte.	50 Gramm Margarine
Salbe	75 " Zucker
	125 " Haferflocken
	125 " Spalterbier.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte bezeichneten Geschäften zu entnehmen.

Auf Butterbezugshefte: 1/2 der höchstzulässigen Wochenmenge und zwar 3 Zelle in Butter und 3 Zelle in Margarine.

Lübeck, den 18. Oktober 1919.

(8846)

Das Landesverorgungsamt.

Kartoffeln.

Vom 20. bis 26. Oktober dürfen auf Abschnitt 6 der roten Kartoffelkarte, Unterabschnitt 1-7, je ein Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

Zumiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 18. Oktober 1919.

(8877)

Das Landesverorgungsamt.

Abt. II Städtische Kartoffelstelle.

Gutscheine zur Verbilligung von Kartoffeln.

Die Ausgabe der Gutscheine zur Verbilligung der auf Grund der grauen Kartoffelarten A und B zu beziehenden Kartoffeln (siehe Bekanntmachung vom 11. 10. 1919 über Höchstpreise für Kartoffeln) geschieht

1. für Angehörige von Kriegsteilnehmern, die sich noch in Lazarettbehandlung befinden, in Zimmer 36 des Wohlfahrtsamtes, Untertrave 104.
2. für Angehörige von Kriegsgefangenen, die sich noch in Gefangenschaft befinden oder die nach dem 15. August aus der Gefangenschaft zurückgekehrt sind, in Zimmer 36 des Wohlfahrtsamtes.
3. für Kriegshinterbliebene, die von der Nationalfürsorge laufend unterstützt werden und deren besondere Bedürftigkeit der Ortsausschuß der Nationalfürsorge anerkennt, in Zimmer 43 des Wohlfahrtsamtes.
4. für Kriegsbeschädigte, deren besondere Bedürftigkeit der Landesauschuß für Kriegsbeschädigte anerkennt, in Zimmer 13 des Wohlfahrtsamtes.
5. für Familien mit mehr als 4 unterhaltungsbedürftigen Kindern, deren besondere Bedürftigkeit das Wohlfahrtsamt anerkennt, in Zimmer 38 des Wohlfahrtsamtes.
6. für Alters- und Invalidenrentenempfänger, sowie für Personen, welche auf Grund der Reichsversicherungsordnung eine Unfallrente von 66% % und mehr beziehen, in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 131.

und zwar für Personen, deren Familienname mit dem Buchstaben

A bis F beginnt, am Dienstag, den 21. Oktbr. 1919
G " " Mittwoch, " 22. " "
L " " Donnerstag, " 23. " "
R u. T bis Z " Freitag, " 24. " "
S " " Sonnabend, " 25. " "

Vorzulegen sind:
Von allen Antragstellern der Ausweis zum Bezuge von Lebensmittel und die grauen Kartoffelbezugsmarken, soweit daraufhin Kartoffeln zur Deckung des Winterbedarfs einzunehmen beabsichtigt wird, ferner von den Angehörigen von Kriegsteilnehmern und von Kriegsgefangenen die Unterstützungskarte, Kriegshinterbliebenen die Unterstützungskarte oder den Rentenbescheid, sowie den Einkommensteuerzettel, Kriegsbeschädigten und den Familien mit mehr als 4 unterhaltungsbedürftigen Kindern der Einkommensteuerzettel, Alters-, Invaliden- und Unfallrentenempfängern der Rentenbescheid.

Die Gutscheine dienen nur zur Verbilligung der auf Grund der grauen Kartoffelbezugskarte zu beziehenden Kartoffeln; für die rote Kartoffelkarte haben sie keine Gültigkeit.

Zumiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 18. Oktober 1919.

(8876)

Das Landesverorgungsamt

Abt. II, Städtische Kartoffelstelle.



Sollen glänzen Deine Schuh benutze nur Arbin dazu!

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich Arbin

Das im Jahre 1883 gegründete Geschäft meines verstorbenen Mannes wird auf meine beiden Söhne übergehen. Bis zur Rückkehr meines ältesten, jetzt noch kriegsgefangenen, Sohnes Ludwig liegt die Leitung des Geschäftes in Händen meines zweiten Sohnes Waldemar. Ich bitte, das meinem verstorbenen Manne in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen auf meine Söhne übertragen zu wollen.

Lübeck, den 16. Oktober 1919.

8844

Frau Justus Meyer.

Zur Einmachezeit

verwende jede Hausfrau die seit Jahren beliebten Marken:
Echter Surol Essig Ceka Echter

der beste der gesüßte

besonders preiswert und vorzüglich zum Einmachen und als Salat-Essig mit allen Gewürzen, fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz.

In Originalflaschen überall erhältlich. — Man achte auf die Namen Surol und Ceka und weise Nachahmungen zurück. (8883)

Lübecker Essig- u. Senf-Fabrik Gebr. Buck & Wiegels G. m. b. H.
Königstraße 100. Lübeck Telephon 369.

Gewerbegesellschaft.

Die Mitglieder sind zu dem am Sonnabend, dem 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Saale der Loge zum Rühlhorn stattfindenden Vortrag des Herrn Dr. Peter Stubmann, Syndikus des Kriegsaussschusses der deutschen Redereien sowie des Vereins Hamburger Rederei-Wirtschaftsprobleme der Gegenwart seitens des Lübecker Industrie-Vereins höflichst eingeladen. (8878)

J. H. Wein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erftläufige Manufakturwaren - Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunenn - Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufsleistung. (8874)

Jedes Ungeziefer

vertilgt unter Garantie Fr. Kröger, beedigter Kammerjäger und öffentl. Sachverständiger Mistr. 3. Tel. 1794. (8855) Spezialist für Wanzenvertilgung. Hierin nämlich unerreicht.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige 8833

Wohnungseinrichtungen

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtungen

stets vorrätig.

Fernsprecher 2734.

Grab-Kränze

in jeder Preislage stets vorrätig. Geschmact. Ausführ. Mariechen Boon-Hartsinck. Große Querstraße 10. (8819)

Patent-Matratzen, Anlege-Matratzen, jed. Maß in kürz. Zeit.

Gebr. Hefli, Lübeck, Untertrave 111/112. (8825)

Jedes Ungeziefer

vertilgt unter Garantie Wilh. Klüssendorf, beed. Kammerjäger u. öffentl. Sachverständiger, Al. Burastraße 18 a. Tel. 1509.

Spezialist (8820)

für Wanzenvertilgung.

Aufruf zur Blindenfürsorge.

Der Blindenverein für Lübeck und Umgegend bittet alle, die ein Herz für die vom Geschick am schwersten getroffenen unter ihren Mitmenschen haben, um ihren Beitritt als Förderer des Vereins.

Es gilt, den Stiefkindern des Lebens die Hand zu reichen in ihrem Bestreben, sich eine selbständige Existenz zu schaffen.

Es gilt, Licht in das Dunkel zu bringen, das ihnen den Lebensweg verhüllt.

Förderer bestimmen die Höhe ihres einmaligen oder jährlichen Beitrages selbst, werden außerordentliche Mitglieder des Vereins ohne weitere Verpflichtungen.

Anmeldungen nehmen entgegen:

Major a. D. Stavenhagen, Uhlandstr. 2.

Frau Bierkamp, Königstraße 19.

J. Lau, Rahburger Allee 40.

Lübecker, öffentl. Herz und Hand für eure blinden Brüder und Schwestern, die Eurer Hilfe bedürfen! (8851)

Sammelt Papier!

1/2 Pfd. Honig

erhält in der Zeit vom 19. Oktober bis 2. November, wer 40 Pfd. glattes Papier abliest. Außerdem wird vergütet für

1 Pfd. geglättetes Papier . . . 5 Gutscheine

1 Pfd. Anilinpapier 2 " "

Kriegs-Brotensammlung Lübeck

Sammelstelle Salzspeicher.

Geöffnet werktäglich v. 9-1 Uhr, 3-5 Uhr; (8874) Sonnabends nur vormittags.

Öffentl. Versteigerung im Heiligen-Geist-Hospital.

Montag, den 20. d. Mts., morgens 9 Uhr beginnend, verkaufe die verschiedenen Nachlassgegenstände der verstorbenen Hospitaliten meistbietend gegen bare Zahlung, als:

Möbel verschiedener Art, darunter 12 Kommoden, Tische, Stühle, Korbstühle, Spiegel, Bilder, Uhren, auch Taschenuhren u. a. Ferner 1 Partie sehr gutes Bettzeug, Leinwand, wie Laken, Bezüge, Handtücher, Leibwäsche, Unterzeug, Frauenkleidungstücke, viele Hüte, sowie 1 grös. Partie Kochtöpfe, Eimer, Porzellan- u. Küchengeschirr u. a. m.

Zuerst werden die Möbel, dann Bettzeug, Wäsche und Kleidungsstücke verkauft. Besichtigung vor Beginn von 8 Uhr ab. (8848)

Heinrich F. W. Koch, Geschäftshaus, Mariesgrube 9/11, öffentlich angestellter Versteigerer für bewegl. Sachen.